

# Dresdner Volkszeitung

Büro und Druckerei: Dresdner  
Postamt: Dresdner  
Telegraphenamt: Dresdner

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Büro und Druckerei: Dresdner

Abo-Preis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen,  
und einzigartig Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen  
monatlich 4.00 M., unter Zusatz für Deutschland und Österreich-  
Ungarn 8.50. Erhältlich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettiner Platz 10. Tel. 25 261.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Bettiner Platz 10. Tel. 25 261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden bei 7spaltiger Zeitung mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger  
Wiederholung wird Rohrpost genutzt, ebenso auf Versandangelegenheiten. Inserate müssen  
bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im  
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 144.

Dresden, Montag den 24. Juni 1918.

29. Jahrg.

## Ministerkrise in Österreich. — Burian über den Frieden. Eine neue Kreditvorlage.

### Rücktritt des Kabinetts Seidler.

Wien, 23. Juni. Der heutige Ministerrat beschloß die  
Kabinettdissolution des Kabinetts.

Die Kabinettdissolution des Kabinetts Seidler ist, so heißt es im  
berliner Tageblatt, die notwendige Folge der Gestaltung des  
Verhältnisses zwischen Regierung und Parteien, die dem  
Ministerpräsidenten die seit Wochen immer wieder zugesagte  
und von der gesamten öffentlichen Meinung des Reiches ge-  
wünschte Einberufung des Parlaments zur Unmöglichkeit  
machte. Auslösendes dafür war die Haltung des Polen-  
klubs, der in seiner Sonnenabendung ausdrücklich die in der  
geplanten konservativen Konferenz gefassten Beschlüsse bestätigte.  
Der Polenklub erklärte sich zwar grundsätzlich bereit, die so-  
genannten "Platznotwendigkeiten" zu bewilligen. Er er-  
klärte sich auch zu Verhandlungen mit den übrigen Parteien  
um Zwecke der Wehrheitsbildung bereit, machte aber den Rück-  
tritt des Ministerpräsidenten zur Voraussetzung. In  
der vom Club gefassten Resolution werden die Beschlüsse  
des Polen noch einmal zusammengefasst, unter denen  
es Engekommen gegenüber der Ukraine wegen des Chol-  
erazordes und die beabsichtigte Abtrennung des Russischen  
(Ukraintern) bewohnten östlichen Teils von Galizien  
eine Hauptrolle spielen.

Nach diesem Beschluss sah sich Herr v. Seidler jeder Mög-  
lichkeit verhaftet, für die Vorlagen der Regierung, auch nur  
in das fürste Budgetprovisorium eine irgendwie zusammen-  
gehende Wehrheit im Parlamente zusammenzubringen. Zu dem  
Krieg, ohne Einberufung des Parlaments unter Benutzung  
des Paragraphen 14 zu regieren, konnte sich Herr v. Seidler  
nur wegen des Widerstands, der sich gegen eine solch unpopu-  
läre Idee in seinem eigenen Kabinett erhob, nicht entschließen.  
Es blieb ihm nichts übrig, als dem Kaiser Karl, der Sonnta-  
chit von der Tiroler Front in Wien wieder einzutreffen, die  
Kündigung des Gesamtabinetts zu überreichen.

Es bleibt abzuwarten, ob, wie von einigen Seiten an-  
kündigt wurde, der Kaiser Dr. v. Seidler aufs neue mit der  
Kabinetsbildung betraut wird. In diesem Falle würde mit  
iner wesentlichen Umgestaltung der Regierung und, nach  
Kenntnis des Wiener Fremdenblatts, mit Auflösung des  
Kabinetts zu rechnen sein. Durch einen solchen Beschluss  
würde natürlich eine völlig neue Lage geschaffen werden.

### Die Antwort des Kaisers.

Wien, 23. Juni. Der Kaiser erließ nachstehendes Aller-  
meiste Handelskreis: Lieber Dr. Ritter v. Seidler! Sie haben  
in Hinweis darauf, daß unter den gegebenen Verhältnissen meiner  
Meinung die Bildung einer Wehrheit im Abgeordnetenhaus nicht  
möglich ist, wie im Namen des gesamten Kabinetts die Bitte um  
Absetzung vom Amt unterschrieben. Da es meine Absicht ist, unter  
ausdrücklicher Festhaltung des vertrauensvollen Verhältnisses  
jener Parteien, die auch bisher unbedingt für das Staats-  
recht eingesetzt sind, zunächst alle Möglichkeiten zu prüfen, wie  
die Erledigung der öffentlichen Angelegenheiten auf parlamenta-  
riarem Wege gefügter werden könnte, behalte ich mir die Ent-  
scheidung über Ihre Kabinettdissolution vor und betraue Sie mit der  
aufmerksamen Weiterführung der Geschäfte.

### Ministerreden hüben und drüben.

Der österreichisch-ungarische Minister des Außen-  
amtes Burian, hat sich bei Verhandlungen mit dem Wiener  
Arbeiterrat über die Friedensfrage geäußert. Er führte  
aber aus:

Wenn sich bei unseren Gegnern Geweihigkeit zu Verhandlungen  
zeigen sollte, so würden sie uns stets bereit finden, in Ver-  
handlungen einzutreten und einen für beide Teile an-  
nehmbaren Frieden zu schließen. Auch bei und besteht  
der Wunsch, mitzuverhandeln an der Herstellung solcher Beziehungen  
zwischen den Völkern, welche die Überzahlinderung der Kämpfenden  
Völker ermöglichen und die Gefahr künftiger Kriege verhindern  
möchten.

Wir würden, so hörte der Minister weiter aus, alles tun und  
alles unterlassen, was auch nur mit einziger Nach-  
sicht auf Erfolg zur Herbeiführung der Friedensverhandlungen  
durchsetzen kann. Solange aber unsere Gegner, wie  
es gegenwärtig leider der Fall ist, noch keine Bereit-  
willigkeit zeigen, auf eine Vereinbarung einzugehen, sind wir gezwungen, und zu verteidigen und  
sich zu verteidigen, was unsre Feinde als Bedenken der Schwäche  
aussehen würden und was sie daher zur Verlängerung des  
Krieges ermutigen mögten.

Im idarfein Gegensatz zu den Ausschreibungen Burians  
ist die Rede Valsours im englischen Unterhaus, deren In-  
halt von uns bereits teilweise wiedergegeben wurde. Wir  
sagen heute daraus nur noch ergänzend hervorheben, daß  
den Mittelmächten die Absicht unterrichtet, den Alliierten, rung und ihre Kollegen, die zu einer anderen Partei gehören,

### Der amtliche deutsche Kriegsbericht. wth. (Amtlich) Großes Hauptquartier, den 24. Juni 1918.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

An der Arme und See blieb die Geschäftsfähigkeit tagsüber ungestört. Am Abend lebte sie auch in anderen Abtheilungen  
der Kampffront auf. Während der Nacht rege Erkundungstätigkeit.

Deutsch von Sabouiller brachten Sturmtrupp in amerikanisch-französische Gräben ein, fügten dem Feinde schwere Verluste  
zu und brachten 40 Gefangene zurück.

Leutnant Udet errang seinen 31. und 32. Oberleutnant Göhring seinen 20. und 21. Aufstieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Budendorff.

als Ganzem unannehbare Bedingungen vorzuschlagen, oder  
einem bestimmten Mitgliede der Alliierten Bedingungen zu  
stellen, die für dieses außerordentlich günstig wären und dadurch  
die Mitglieder der Allianz von einander zu trennen.  
Auf eine solche Hölle dürfe man nicht hineinfallen. Ein  
ehrenhafter Friede könne nur durch den Kampf bis zum  
Ende erreicht werden. Herr Valsour lehnt also flipp und klar jede Friedensverhandlung ab. Er will weiter kämpfen,  
bis der militärische Sieg über Deutschland erreicht ist.

Entschiedener Kriegswille kam auch in einer Rede zum  
Ausdruck, die Lloyd George, bei einem Essen hielt, zu dem  
die Vertreter der Dominions sowie die Vertreter Indiens,  
die an der Reichskriegskonferenz in London teilnahmen, erschienen waren. Er führte dabei aus, ohne das Eingreifen  
des britischen Reiches würde Deutschland das Meer be-  
herrschen. Das Költerrecht würde zu Boden getreten sein  
und der Militarismus würde in der Welt triumphieren.  
Das Bewußtsein der durch die Einheit des Reiches bestandenen  
Gefahr drängte zu einer Verteilung dieser Einheit. Er  
sprach dann von den militärischen Leistungen der Dominions  
und Indiens in diesem Kriege und schloß seine Rede mit dem  
Hinweis auf eine dauernde enge Verbindung Großbritanniens  
und seiner Kolonien. Lloyd George verzog also die Absicht,  
durch einen engeren Zusammenschluß der verschiedenen Teile  
des britischen Reiches, dessen Kraft in dem jetzigen Kampfe  
zu vermehren.

Zwischen der Rede des Grafen Burian auf der einen  
und denen der englischen Staatsmänner auf der anderen Seite  
klaftet ein sehr starker Gegensatz: In den Worten Burians das  
Bestreben nach Verständigung und Verhandlungsbereitschaft,  
in den Worten der englischen Staatsmänner der Wille zur  
Fortschreibung des Krieges bis zum Siegreichen Ende. Wie  
sie gewiß an der Politik der Regierungen der Mittelmächte  
sehr viel auszusehen, aber wenn sich bei den englischen  
Staatsmännern dasselbe Maß von Verhandlungsbereitschaft zeigt, wie beim Grafen Burian, so wären wir  
wohl dem Frieden ein Stück näher. Nämlich es einmal zu  
Verhandlungen, so könnten die Vertreter der Mittelmächte  
ein Aufstandskommen des Friedens daran weitern zu lassen,  
daß sie auf weitgehenden Annexionserfordernissen beharren.  
Sie würden wissen, daß sie dann ihr Völker nicht hinter sich  
haben. Aber die englischen Staatsmänner halten an dem  
Gedanken fest, daß der Krieg nur mit einem Sieg ihres  
Landes und ihrer Bundesgenossen beendet werden darf,  
trotzdem die Aussichten auf einen militärischen Sieg für die  
Entente zur Zeit sehr gering sind. So muß also das blutige  
Spiel weiter gehen und es bleibt nur die Hoffnung übrig,  
daß der Starfinn der Mittelmächte durch weitere Erfolge der deutschen Truppen recht bald gebrochen wird.

### Der Wiener Arbeiterrat und Burians Antwort.

Wien, 23. Juni. Die Erklärungen des Grafen Burian  
an die Delegation des Arbeiterrates wurden noch gestern abend dem  
Arbeiterrat vorgelegt, der bis spät in die Nacht hinein  
beriet, aber zu keinem Resultat kam. Die Verhandlungen  
werden heute fortgesetzt. Im sozialistischen Kreis wurde die Erklärung  
Burians nicht ungünstig aufgenommen. Die Arbeiterrat  
sagt: Die Erklärung könne nicht mehr erreichen, als daß  
die Friedensstreute im Auslande steht. Das aber werde sie er-  
reichen, insoweit diese die Arbeiterschaft mit der Antwort des  
Ministers zufrieden seien.

### Eine Kundgebung der englischen Arbeiterschaft.

London, 23. Juni. Acht Arbeitermilizen der Regierung:  
Barnes, Hodges, Novello, Bruce, Clynes, Walsh, Wood und Parker  
erliegen eine Kundgebung, in der sie mit Vergleich auf den früher nicht  
vorhandenen Einfluß der durch den Arbeiterrat in den herstellenden Ver-  
sammlungen der Nation während des Krieges ausgeübt wird, sogen.  
Sie mühten manchmal in Widerstreit zu ihren eigenen Ansprüchen  
zu stimmen, aber dies sei eine Bedingung der Koalition. Die Regie-  
rung und ihre Kollegen, die zu einer anderen Partei gehören,

bütteten dasselbe getan, weil aller persönlichen und Parteiwünsche  
hingegenseitig wären. Nichtsdestoweniger seien in den drei letzten  
Jahren demokratische Reformmaßnahmen in größerem Umfang  
angenommen worden, als zu irgendeiner früheren Zeit der Ge-  
schichte des Landes. All dies sei durch den Stiftstand in dem politi-  
schen Kampf zustandekommen und durch das Zusammengehen  
der politischen Parteien in der gemeinsamen Sache. Die Minister  
erklären jedoch, daß es ihnen schwer gemacht werden sei durch die  
unzählige Seite seitens nationaler Eigenbrüder, die sich das  
Recht nehmen, für die Arbeit zu sprechen, und die versuchen, die  
Nation in sich einschließende politische Gruppen zu teilen. Daher  
hegen die Minister den Wunsch, einen Warnungsruf auszustoßen,  
weil von dem Volke Englands die Zukunft und die Freiheit der Welt  
in höchstem Maße abhänge. Unsre Seemacht, unsre großen Er-  
bvere und die finanziellen Hilfsmittel sowie die Tapferkeit unserer  
Männer im Felde haben einen großen Anteil an der Aufrechterhaltung  
des Kampfes gegen den deutschen Angriff gehabt und müssen  
dies auch weiter tun. Es ist daher offensichtlich von höchster Wichtig-  
keit, daß die nationale Einigkeit aufrecht erhalten wird. Auch nur  
der Eintritt von Schweden würde bei unsren Alliierten die un-  
günstigste Wirkung hinterlassen. Daher ist eine gewaltige erhöhte  
Last auf uns und die andern Alliierten gesunken. Amerika, das glück-  
licherweise seine Streitkräfte mobilisiert, wird zur rechten Zeit das  
Gleichgewicht wiederherstellen. Englisches wird es mehr als je  
nödig sein, gesehenden Einflüssen die Stirn zu bieten und unsren  
Einsatz zu erneuern, trau zu sein unsrer Aufgabe und denen,  
die zu Lande und zu Wasser für uns zu leben.

### Die U-Bootsbeute im Mai.

Berlin, 22. Juni. (Amtlich) Im Monat Mai sind  
insgesamt

#### 614 000 Bruttoregistertonnen

des für unsre Feinde nutzbaren Handels Schiffstranses ver-  
nichtet worden.

Der ihnen zur Verfügung stehende Welthandelsraum ist somit allein durch kriegerische Maßnahmen seit  
Kriegsbeginn um 17 730 000 Bruttoregistertonnen verringert  
worden. Hieron sind rund 10 828 000 Bruttoregistertonnen  
allein Verluste der englischen Handelsflotte.

Nach inzwischen gemachten Feststellungen sind im Monat  
April außer den seinerzeit schon bekanntgegebenen Verlusten  
der feindlichen oder im Dienste unserer Feinde fahrenden  
Handelschiffe noch weitere Schiffe von rund 56 000 Bruttore-  
registertonnen durch kriegerische Maßnahmen schwer beschädigt  
in feindliche Häfen eingebracht worden.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

#### Neue U-Bootsbeute.

Berlin, 23. Juni. (Amtlich) Neue U-Bootsfolge  
im Sperrgebiet um England: 16 500 Bruttoregistertonnen.  
Zwei Tropfer wurden an der Westküste Englands aus stark  
geschützten Seetüpfen herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

### Zusammenkunft Vandervelde mit deutschen und österreichischen Sozialisten?

Gent, 24. Juni. Journal du Peuple will aus gutunterrichteter  
Quelle erfahren haben, daß der Führer der belgischen Sozialisten,  
Vandervelde, der bemannte Präsident des Internationalen Sozial-  
istischen Bureaus ist, sich entschlossen habe, sich in Haag mit den  
deutschen und österreichischen Sozialisten zu treffen. Die Zeitung  
lädt him, die österreichischen Delegierten hätten die Einladung  
Vandervelde angenommen, die Antwort der deutschen Vertreter sei  
noch nicht bekannt.

#### Ablösung einer internationalen Konferenz.

La Patrie veröffentlicht an leitender Stelle eine Mitteilung  
über eine in der Schweiz stattfindende internationale Sozialistische  
Konferenz. Die russischen Kommunisten, die unabhängigen deutschen  
Sozialdemokraten, die sozialistischen Parteien Österreichs und Ungarns  
sowie mehrere sozialistische Parteien neutraler Länder werden, so  
meldet die Zeitung, in fürzester Zeit einen gemeinsamen Auftrag zur  
Ablösung einer internationalen Konferenz der sozialistischen Parteien  
aller Länder in der Schweiz erlassen.

### Branting über die Verweigerung des Passes für Trooststra.

Aus Stockholm wird dem Vorwärts telegraphiert: Begründet  
Athenblad veröffentlicht ein bestremendes Interview mit Branting,  
der vor der Reise nach England steht. Branting bezeichnet Trooststra  
Sprechung mit Schrödermann als eine Unvorsichtigkeit, welche die

soziale Regierung mitzutun scheinen müsse. Diese Kritik unterstreicht seitens dem neulichen Vorwurf im Social-Demokrat, daß die deutsche Partei das Londoner Memorandum unbedingt ablehne.

Von sonstigen Vorfällen abgesehen, ist die militärische Unterredung bei dem heutigen Stande des Postverkehrs der einzige gangbare Weg der Verständigung, und daß die deutsche Partei ihm selbst auftrate, hat Branting, der sie neulich in einem Zeitungsartikel aus der Internationale ausschreibt, selbst kaum erwartet. Branting bemerkte indes, daß die englische und deutsche Chancilleriespreche ihr möglichstes tat, um Troelstra bei der englischen Regierung in Schach zu halten, und hält einzuweilen eine Beurtheilung über die Vorfälle der Arbeitervölkerung für noch nicht möglich, was vermuten läßt, daß er seine Regierung bewirkt, der Regierung Lloyd George, im Gegensatz zur Arbeitspartei, mildernde Umstände zugestehen. Persönlich befiehlt Branting Troelstra Fernbleiben, aber er will die Weise trocken nicht abbrechen, just, weil er denkmalige Angriffe in Scheide vorwirft.

Heiligendank feiert Branting, welcher die Verbesserung der Kriegslage der Entente als Voraussetzung einer baldigen Verständigung über den Frieden betrachtet, seiner Seite einer Privatcharakter beigelegt, da er sich wegen seiner Haltung auf der Londoner Konferenz nicht einmal mit dem am das vorjährige holländisch-schwedische Komitee angeschlossenen Troelstra und den unzähligen zur Herstellung internationaler Verbündnisse zusammengesetzten zwei Vertretern der antibolschewistischen russischen Parteien und Einvernehmen setzte.

### Eine Neuherierung Hendersons.

Amsterdam, 23. Juni. In einem Interview mit Reuter hat Arthur Henderson über den Verlauf der englischen Regierung, Troelstra nicht zu erlauben, nach England zu kommen, erklärt, daß dieser Besuch auf der Jahresversammlung der Arbeitspartei in der nächsten Woche einige Erklärung herbeiführen werde. Es sei ferner, Troelstra als einen Deutschenfeind zu bezeichnen. Es sei ein Internationalist, der unter den schwierigsten Umständen stets eine neutrale Haltung gegenüber den beiden liegenden Parteien eingenommen habe.

### Keine andere Außenpolitik Bulgariens.

Berlin, 28. Juni. Anlässlich des Wechsels im bulgarischen Ministerpräsidium hat zwischen dem Kaiser und dem Baron von Ruyter ein Telegramm ausgetauscht. Ferdinand hat dem Kaiser mitgeteilt, daß er Dr. Radulowow nur schweren Herzens aus inneren politischen Gründen von seinem Posten scheiden lebe. Er braucht wohl aber nicht zu berücksichtigen, daß durch die Ernenntung Radulowows zum Nachfolger Radochkows die Außenpolitik Bulgariens keine Veränderung erleben werde.

### Ein neuer Kabinettwechsel in Bulgarien.

Sofia, 28. Juni. Der neue Ministerpräsident Malinow empfing heute den Vorsitzer des Wohlgebundenen Telegraphen-Vereins zu einer längeren Unterredung. Er betonte dabei, daß die Gründe, die den Kabinettswechsel verursachten, ausschließlich in innerpolitischer Natur liegen, welche die Nahrungsmitteleinlieferung entstanden seien. Da der äußerste Politik habe er ein gutes Erbe übernommen, für das das bulgarische Volk, wie bilden, in treuer Daseinserhalt mit den Verbündeten seine ganze Kraft eingesetzt habe. Die Richtlinien der Politik würden sein die Sicherstellung der Ernährung des Volkes und der Flemes und die Festigung des Vertrauens des bulgarischen Volkes in seine Zukunft.

Mit rücksichtloser Offenheit betont Herr Malinow hierbei seine unerschütterliche Verbündetlosigkeit zu den Centralmächten. Dieses habe, ohne jede Einschränkung gegeben, Voraussetzung zu den Richtlinien einer äußeren Politik, die Bulgarien zu seiner nationalen Einheit verhilft und dem Land einen Platz als reiche Volksschaft für alle Zeiten sicherte, wird ebenfalls in Deutschland und Bulgarien sowie den anderen verbündeten Ländern bestehen. Unweit ihres Biederhalls sind, klar und knapp, aber gerade deshalb um so eindringlicher sind die Tage, in denen Ministerpräsident Malinow sein bedeutendes politisches Schicksal abträgt. Zugleich sind sie ein unverzichtbares Element für die Gewinnung der Freiheit und Unabhängigkeit Bulgariens auf immer mit den Mittelmächten verbündet. Vieles, für die auf den Schlachtfeldern das Blut der Söhne der verbündeten Völker vergossen wurde.

### Eine russische Absage an die Kriegstreiber der Entente.

Stockholm, 21. Juni. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Die offizielle Sowjetica wendet sich in einem Artikel gegen die Bestrebungen, Russland ohne Rücksicht auf seinen Mangel an Vorbereitung und auf Abneigung seiner Bevölkerung in einen neuen Krieg zu treiben. Sie schreibt: "Die zu diesem Abenteuer hegen, mögen sich bewußt sein, daß sie bei der Verwirklichung ihrer Pläne auf den verzweifelten Widerstand des revolutionären Russlands stoßen werden. Ein schlechter Trost für sie sind die Phantasien verräterischer Sozialisten, die sich einbilden, die Macht der Sowjets in die Luft sprengen zu können, indem sie die angebliche Enttäuschung der Massen über die Sowjetregierung in die Welt hinausposaunen. Die Regierung bleibt unerschütterlich in ihrem Vertrauen. Es werden sich nicht nur Millionen von Arbeitern und Bauern in revolutionäre Legionen verwandeln, um im äußersten Notfall die Sowjetmacht zu verteidigen, sondern auch überall werden die Massen nicht dulden, daß Russland in einen neuen Krieg mit Deutschland geht." ■

### Wieder 40000 Italiener gefangen.

Wien, 22. Juni. Täglich wird verlautbart: Die Räume an der Seite haben gestern an Festigkeit abgenommen. Wo die Italiener — wie in einzelnen Abschnitten bei Mantua und weiter von San Dona — ihre Angriffe erneuerten, wurden sie, wie früher, unter großen Verlusten zurückgeschlagen.

Der Feind verlor zwischen dem 15. und 20. Juni durch unsere Krieger und durch die Unschuld von der Erde 42 Flugzeuge. Außerdem blieb er vier Heißluftzonen ein. Die Zahl der Gefangenen ist auf 40 000 gestiegen. Unter diesen befinden sich auch einige italienisch-romantische Legionen, die sofort bei durch die Kriegsgefangenen nachrichtlichen Behandlung zugelassen wurden.

### Der Chef des Generalstabes.

wib. Wien, 22. Juni. Täglich wird verlautbart: Die Räume an der Seite waren auch gestern weniger festig. Nur am Südgang unserer Armeefront nahm der Feind nachmittags seine

Gegenangriffe wieder auf. Ganz überall Geschützalarm. Die schweren, massenbrüderlichen Regen, die in der letzten Woche fast täglich über Venetien niedergingen und viele Städte der Ebene unter Wasser setzten, hatten für die Truppen die Seiten und Unterbrüderungen des Kampfes verhindert. Die Seite ist zu einem zährenden Strom geworden, dessen Wassermassen wiederholten Verluste zwischen beiden Ufern auf viele Stunden unterbanden. Es ist nur unter den größten Schwierigkeiten möglich, den Kampf an der Front den nötigen Schub an Munition und Versorgung auszuführen. Um so größere Einerkenntnis ist den braven Truppen zu geben, deren Kampftrot auch in noch härterer Lage unbrauchbar blieb.

### Der Chef des Generalstabes.

Im italienischen Heeresbericht vom 21. Juni heißt es unter anderem: Der Druck des Gegners auf dem Monteblu bildet auch gestern stark, doch begegnen ihm unsere Truppen überall, indem sie Gegenangriffe machen und Boden zurückgewinnen. Berufe des Gegners nach Westen und Süden vorzudringen, möchten den Kampf besonders lebhaft. Seitlich der Linie Gaja-Schell-Vauari und in der Umgebung des Bahnhofs von Cesena an der Seite verdeckt sich der Kampf. In einigen Abschnitten westlich von Cesena wurde ein feindlicher Angriff gestoppt. Weiter südlich auf der Höhe Bogato-Tencante steht unsre in der Nacht vom 19. zum 20. Juni begonnene Gegenoffensive sich unaufhaltlich fort und brachte uns auf die Stellungen des Vortages zurück, woher der Feind seinem tapferen Widerstand entsprechende Verluste erlitt und einige Hundert Gefangene in unserer Hand lieg. In dem Abschnitt westlich von San Dona beschreibt der Feind eine starke Unternehmung bei Fossan. Wiewohl er durch unter Feuer zum Stehen gebracht wurde, erneuerte er niemals seine Angriffe, bis er, erschöpft durch aufwendige schwerere Verluste, vor der unglaublichen Tapferkeit der sardischen Brigade Cassati zurücktreten mußte. Bei Gesso-Cucherina haben wir unsere Feindstöße erweitert. Die Zahl der seit Beginn des Schlags bisher gemachten Gefangenen beträgt 12 000. Trotz ungestoppter Weiterung entstehen die Krieger gestern ihre gewohnte Tätigkeit. Gif feindliche Apparate werden zum Aufbruch gebracht. Zum erstenmal weiterrichten unsre und die alliierten Krieger mit amerikanischen Pionieren, die kaum an der Front eingetroffen, sich an der Schlacht beteiligen wollen. Der tapfere Major Balotta, der am 18. Juni seinen 84. Auftrag errungen hatte, ist von seinem Heldenflug nicht zurückgekehrt.

### Der Marsch der Tschecho-Slowaken.

Wien, 23. Juni. (Wetersb. Telegraphen-Agentur.)

An der Einnahme von Omisalj marschierten die Tschecho-Slowaken auf Tobolj und Jachtin. Nach der Schlacht vom 8. und 9. waren die an Zahl überlegenen tschecho-slowakischen Abteilungen die Sowjet-Truppen in der Richtung auf Rosontsch und Tschalabjass zurück.

Eine Meldung vom Tage vorher lautete günstig für die Sowjet-Truppen. Sie besagte:

Tschlau, 22. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Von der tschechoslowakischen Front wird gemeldet: Der Rat der Volkskommissare erhielt aus Zolotarjewsk die Nachricht, daß die Sowjet-Truppen nach einem Kampf auf der Front Sibiriens-Ural in der Richtung auf Tschalabjass die Fabriken in Tscheljabinsk bei der Station Rousch 125 Meilen von Zolotarjewsk und 100 Meilen von Tscheljabinsk eingenommen haben. Hierdurch befindet sich die Hälfte der Eisenbahnen Zolotarjewsk-Tscheljabinsk in den Händen der Sowjet-Truppen. Nach verbürgten Meldungen halten in dem Tal der Sowanala (?) nordwestlich von Tscheljabinsk sieben Abteilungen Tschecho-Slowaken mit drei leichten und zwei schweren Geschützen. Am allgemeinen geben die Tschecho-Slowakischen Truppen einen Kampf aus dem Weg und sammeln sich im Begriff von Kschtschuss (?) .

### Unglückliche Zusammenstöße in Budapest.

Zum ungarischen Abgeordnetenhaus brachte Graf Michael Karolyi die Lohnbewegung unter den Arbeitern der Maschinenfabrik der Staatsbahnen zur Sprache, die an Unruhen geführt und das Einfließen der Gendarmerie zur Folge hatten. Zusammenstöße zwischen streitenden Arbeitern und der Gendarmerie verursachten den Tod von vier Personen. Fünf wurden schwer und zwölf leicht verletzt. Karolyi begrüßte die Forderungen der Arbeiter, die schlichter gestellt seien als in privaten Betrieben, als gerecht und erklärlich. Die rücksichtsvolle Lösung der Wahlreformfrage habe wesentlich zur Regierung der Sowjetregierung beigetragen. Graf Karolyi ruft: Neigen Sie nicht die Waffen auf Ministerpräsident Dr. Wekerle! Er müsse die Behauptungen Karolys in verschiedenen Punkten bestreiten. Zu diesem Schluß verließ Wekerle den Polizeiverband. Dieser besagt: In der Wahlkreiswahl der Ungarischen Staatsbahnen, deren Arbeiter seit Beginn dieses Monats in ein Landwehrbataillon eingerichtet sind, waren infolge von Lohnforderungen Arbeitseinstellungen auf der Tagesschranke. Die Arbeiter forderten statt 90 Heller Stundenlohn 100 Heller. Obwohl Baumgar erneut hierauf in der Fabrik und erklärte, er sei für Lohnfragen nicht zuständig, und ermahnte die Arbeiter, nicht zu streiken, die Arbeiter legten die Arbeit fort. Am 19. Juni, 8 Uhr früh, stellten sie die Streik wieder ein. Um 9½ Uhr, bei Beginn des Streiks, wollte man flüssiges Eisen durch arbeitswillige Hilfsarbeiter ausspielen lassen, damit die Streikende nicht unbrauchbar würden. Diese Arbeiter wurden jedoch von einem der Streikenden bedroht. Dieser Streikende wurde nun zur Vernehmung bestellt. Er kam jedoch nicht allein, sondern zusammen mit 400 Arbeitern vor das Gebäude des Kommandos. Major Siejonta forderte die Versammelten auf, sich zu zerstreuen. Gendarmen trieben die Versammelten auseinander. Nach einer Verhandlung erschienen jedoch 1000 Arbeitende, die inquisitiv die Arbeit niedergelegt hatten, vor der Kanzlei. Ein Gardearbeiter lud die Arbeiter zu betreten, daß sie sich entserten. Der Major erklärte und ermahnte die Arbeiter, Scherben zu lassen, da sonst schweren Folgen eintreten würden. Es erwies jedoch aus der Menge der Art: Legt geben wir erst recht nicht weg und die Arbeiter blieben auf dem Platz. Die Gendarmerie verlor sie ohne Waffengebrauch zu gestreiken. Es wurden auf die Gendarmen Eisenstücke geschleudert, und auch der Major wurde am Kopf und an der Hand verwundet. Aus den Verletzten erfolgten zwei Schüsse. Angesichts dieser Vorfälle ordnete der Major den Gebrauch der Schußwaffe an. Gedroht kommandierte er keine Salve. Die Gendarmen schossen auf diejenigen, die sie angegriffen und mit Eisenstücken beworfen hatten. Vier Arbeiter wurden getötet und neunzehn verwundet. Anfolge der Schüsse lärmten die Arbeiter aus der benachbarten Gusseisen-Werksfabrik herbei und beschwerten die Ranglage. Der Gendarmerie gelang es, die eingesetzten Arbeiter zu vertreiben. — Der Ministerpräsident erklärte, es werde eine Unterfahrung eingeleitet werden, ob der Waffengebrauch notwendig und begründet war. Er bemerkte weiter, daß die Arbeitseinstellung ja ausdehne und in einer großen Masse von Fabriken gestreikt werde. Wekerle sagte, er mache nicht die verdeckten Massen verantwortlich, sondern die Organisatoren und Anwiegler. Er wolle auch hoffnungslos mit den Arbeitern wohlwollend und schenkungsvoll verfahren; jedoch

sollte die Forderung der Arbeiter nicht bewilligt werden, daß die Gendarmerie aus den Fabriken entferne und den Gewerkschaften einen eindeutigen Einfluß überlässt. Sollte die Arbeitnehmer jedoch weiter, während alle ihre berechtigten Wünsche erfüllt werden, werden wie in Privatbetrieben. Graf Karolyi ruft dagegen: Man hätte damit anfangen sollen!

Händelminister Spieren verteidigte sich gegen den Vermerk Karolys, daß die Lage der Arbeiter in den Staatswerken schlechter sei als in Privatbetrieben. Karolyi hat sich auf die Verordnung beziehen des Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärischen Verordnung betroffen das Inhalts, daß man im Falle eines Kriegs mit den Arbeitern nicht verbünden, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit mehr so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militäris

is auf zwei bis drei Mandate mit Besinnlichkeit einzutreten. Dieser Umstand an sich wäre noch kein Unglück, aber die unabhängige Sozialdemokratie mit ihrer „alten“ erfahrenen „eigentümlichen“ parlamentarischen Partei ist, so ist hier ein Szenario für die kommende Zukunft zu erdenken.

Im Gegensatz zu der unabhängigen Sozialdemokratie hat die „Internationale“ gleich bei Beginn des Krieges allen

ihren Platz gefragt und in ihren Theisen und anderen programmatischen Erklärungen neu eingesetzt, daß nach dem schiedlichen Aus-

gangen vom 4. August 1914 der völkerliche Neuaufbau der Inter-

nationale möglich und notwendig ist.

Wir eines Heiles haben wir gemacht, nämlich, daß wir nach Gründung der Organisation der sozialen Sozialdemokratie uns ihr angelehnt haben, selbstverständlich unter Wahrung unseres eigenen Prinzipien, in der Hoffnung, daß es uns gelingen wird, sie voran zu treiben. Auf diese Hoffnung haben wir schon lange vertraut.

Alle Versuche dieser Art scheiterten daran, daß unter ihnen und erreichten nicht durch die Räder der unabhängigen Sozialdemokratie des Konservatismus verhindert wurden. Dieses

wurde im Gleichklang ein Ende der alten und eroberten Taktik.

Aber schließlich gibt es Dinge, die jede Sache zum Platzen bringen. Zu diesen gehört der

allseitige Kampf der Rautschaft und Co. gegen die

Arbeitsmilitär führt.

Wir begreifen natürlich die bedeute Erregung dieses Denkens.

Wir empfehlen, daß die Rautschaft weit über die Grenzen der alten

roten Taktik hinausgegangen ist. Aber wir hielten immerhin

die Hoffnung, daß Rautschaft mindestens sowohl von

ir gern hätte, den er nach seinen eigenen Worten auswendig

und dessen vorgetretenen Taktik er in der Tat zu reproduzieren

wollte — daß es einfach unanständig ist von Deutschen,

im Innern in Ruhe und Sicherheit sitzen, zu

ende der Bourgeoisie die Stellung revolutionärer Kämpfer unter den schwierigsten Verhältnissen wischen und große per-

sonale Opfer bringen, zu erlösen.

Alles Glück und Händedruck Eurer Freunde Mehring.

## Kommunikationsberatungen im Reichstag.

### Gebärzwang.

Der Reichstagsausschuss für Bevölkerungspolitik beschloßt in seinen drei letzten Sitzungen mit dem zentralen Gesetzesentwurf

den Verbot empfangnisverhindernder Mittel und Gebärzähnlichkeit

als allgemeinen Ausdruck gezeigt, ob sich das jämmerliche Käppchen

einzelner Parteien, einschließlich der sozialistischen Volkspartei, be-

findet, auf das Verbot empfangnisverhindernder und abtreibender Mittel einzugehen und ein Votumstreich nach der Regierungserklä-

rung anzunehmen, nachdem die Bestimmung der zu verbietenden und einer Bundesstaatsverordnung überlassen wird. Grundjäh-

iger Widerspruch erhoben in der Hauptstadt nur die sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Lams-

, Dr. Taubert, Dr. Quadt-Krauskopf a. W. und Schmidt-

zu Tübingen, wobei sie auf die schweren Bedenken gegen den Gesetzes-

entwurf hinwiesen. Ramentlich wurde von ihnen herorgehoben,

daß größere Mitteln, die Geschlechtsunterschiede verhindern

und denen, die Empfangnis verhindern sollen, schwer unter-

stellen lasse und daß ein Verbot empfangnisverhindernder Mittel

zweckmäßig nur zur Folge eine Sicherung der Abtreibungen habe-

ten.

Die Regierungsvorsteher und die Vertreter der bürgerlichen Parteien, einschließlich des Abg. Struve (Bürtig), traten

zu Abstimmungen entgegen und bestätigen den Klassecharakter

eines Gesetzes. Außerdem müsse man den Vertrieb solcher

Mittel, der zu großem Unfug ausgenutzt sei, bekämpfen.

Bei der Abstimmung in der Sitzung vom Freitag wurden

sämtliche Sozialdemokratie, die die empfangnisverhindernden

Mittel legalisieren wollten, sowie bestätigten, die zu erwartende

Abstreitungsverhandlung der Genehmigungspflicht des Reichstags zu

verhindern, und § 1 des Gesetzes mit der Mehrheit aller

gesetzlichen Stimmen gegen die Sozialdemokratie angenommen,

§ 2 wurde im Regierungsentwurf genehmigt und § 3 so

ausgelegt, daß die Richtlinien für die Bundesstaatsverordnung

seien. Am Schluß der Sitzung wurde diese Verordnung im

Reichstag verabschiedet. Die Sozialdemokratie stellte in Aussicht, daß

die Regierung des zweiten Gesetzes befreit werden.

### Arbeitsstämme.

In der Sitzung am Freitag, der ersten noch dem Unannehme-

der Regierung, wurde zunächst darüber beraten, ob und in

der Weise, die die Staatskommission die Breitung fort-

setze. Dabei erklärte der Staatssekretär v. Etzlein noch ein-

mal, daß das Gesetz nur auf der Grundlage von Rücksprung zu

gestimmt werden könne; er bezeichnete den gefallenen Antrag Trüm-

per als die äußerste Grenze für die Regierung, auch der Antrag

zur Abstimmung nicht annehmbar. Schließlich wurde die

Entscheidung dieses Antrages ausgesetzt, um den Reaktionen die

Zeit eines Abänderungsantrages zu ermöglichen.

Gemäß einem gemeinsamen Antrage, bestehend die Kommission

der Stimmen, daß zur Wahrnehmung der besondern Inter-

essenzen in den Arbeitsstämmen besondere Arbeit-

steuerleistungen zu erzielen sind.

Nachdem kommt der Geltungsbereich des Gesetzes zur Be-

tracht, nach der Vorlage soll es im wesentlichen auf gewerbliche

Mittel beschränkt werden; Seelche, Landarbeiter, weise Schichten

Angestellte würden dadurch ausgeschlossen sein. Rücksicht

auf die Einbalzung der Seelche erörtert. Abg. Dr. Dethlefs-

er, v. Wendt wendet sich gegen die Einbalzung vor allem

in bedeutender Höhe für die notwendig strenge Disziplin; über-

haupt keine Schwierigkeiten aus den Besonderheiten des

sozialdemokratischen Parteipräfekten dagegen. Abg. Dr. Dethlefs-

er, v. Wendt (CDA) schlägt gegen folche Durchsetzung der Seelche. Schließlich

aber mit 13 gegen 10 Stimmen beschlossen, die Seelche den

Arbeitsstämmen einzubringen und den Entwurf entsprechend

### Die Umsatzsteuer.

Die Sozialdemokratie haben, wie bereits mitgeteilt, den An-

trag, die Umsatzsteuer bei Lebensmitteln auf 1 v. H. zu erhöhen.

Die Verbindung damit wird auf § 20 eingezogen, damit

dann den Dünkelbeträgen 10 v. H. des Umlaufs der Umlauf-

steuer als Vergütung für die Lebensmittelkosten zufließen sollen.

Um 10 v. H. dieses Betrages fließen den Gemeinden zu, au-

ßerdem 10 v. H. dieser Beträge für die Lebensmittelversorgung der minder-

jährigen Bevölkerung verwendet zu werden. Steuern vom

Umlauf, die beim Anlaufstellen dieses Gesetzes in Bundes-

und Gemeinden beziehen, dürfen vom 1. April 1919 an nicht

nochmals erhöht werden. — Dem sozialdemokratischen Antrag bestimmt Abg. Weerthfeld mit dem Unterschlag-

en, daß die Lebensmittel unter keinen Umständen noch weiter

gegen die Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt.

Die Konservativen verlangen eine Erhöhung der Steuer auf die Hälfte für Waren, die zur Weiterverarbeitung bestimmt sind — Abg. Dr. L. verlangt, daß große Unternehmen mit einem Umlauf von mehr als 200 000 Mark, die mehrere verschiedene Betriebe in sich vereinen, für jeden dieser Betriebe 1 vom Tausend mehr an Steuer bezahlen sollen. — Abg. Dr. Süß er hält den Antrag Gobain für bedenklich, insoweit er gewisse Gewerkebetriebe begünstigen würde.

### Grenzübergangsfragen.

Der Grenzübergangsausschuss des Reichstags beschloß sich am Sonnabend zunächst mit der Sitzungssitzung in Österreich und ihrer Abhilfe. Hierfür lädt der Staatssekretär Dr. Müller aus: Österreich-Ungarn hat zur Abhilfe in seiner gegenwärtigen außerordentlichen Kriegszeitungsmittel ausgenutzt, die die Zulieferung vom Kriegsministerium nicht erfasst. Dagegen hat die Oberste Riegsitzung im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium aus ihrem Bestand in verschärftem Maße geringe Mengen erhoben. Diese Menge muß der Oberste Kriegsleitung von Österreich-Ungarn ausgenutzt werden, so daß auch eine Transportsicherung der Kriegsministerium für die nächsten 10 000 M. 10 v. H. für die nächsten 50 000 M. 20 v. H. für die nächsten 100 000 M. 30 v. H. für die nächsten 500 000 M. 40 v. H. für die nächsten 1 000 000 M. 50 v. H. für die nächsten 5 000 000 M. 60 v. H. für die nächsten 10 000 000 M. 70 v. H. für die nächsten 50 000 000 M. 80 v. H. für die nächsten 100 000 000 M. 90 v. H. für die nächsten 500 000 000 M. 100 v. H. für die nächsten 1 000 000 000 M. 110 v. H. für die nächsten 5 000 000 000 M. 120 v. H. für die nächsten 10 000 000 000 M. 130 v. H. für die nächsten 50 000 000 000 M. 140 v. H. für die nächsten 100 000 000 000 M. 150 v. H. für die nächsten 500 000 000 000 M. 160 v. H. für die nächsten 1 000 000 000 000 M. 170 v. H. für die nächsten 5 000 000 000 000 M. 180 v. H. für die nächsten 10 000 000 000 000 M. 190 v. H. für die nächsten 50 000 000 000 000 M. 200 v. H. für die nächsten 100 000 000 000 000 M. 210 v. H. für die nächsten 500 000 000 000 000 M. 220 v. H. für die nächsten 1 000 000 000 000 000 M. 230 v. H. für die nächsten 5 000 000 000 000 000 M. 240 v. H. für die nächsten 10 000 000 000 000 000 M. 250 v. H. für die nächsten 50 000 000 000 000 000 M. 260 v. H. für die nächsten 100 000 000 000 000 000 M. 270 v. H. für die nächsten 500 000 000 000 000 000 M. 280 v. H. für die nächsten 1 000 000 000 000 000 000 M. 290 v. H. für die nächsten 5 000 000 000 000 000 000 M. 300 v. H. für die nächsten 10 000 000 000 000 000 000 M. 310 v. H. für die nächsten 50 000 000 000 000 000 000 M. 320 v. H. für die nächsten 100 000 000 000 000 000 000 M. 330 v. H. für die nächsten 500 000 000 000 000 000 000 M. 340 v. H. für die nächsten 1 000 000 000 000 000 000 000 M. 350 v. H. für die nächsten 5 000 000 000 000 000 000 000 M. 360 v. H. für die nächsten 10 000 000 000 000 000 000 000 M. 370 v. H. für die nächsten 50 000 000 000 000 000 000 000 M. 380 v. H. für die nächsten 100 000 000 000 000 000 000 000 M. 390 v. H. für die nächsten 500 000 000 000 000 000 000 000 M. 400 v. H. für die nächsten 1 000 000 000 000 000 000 000 000 M. 410 v. H. für die nächsten 5 000 000 000 000 000 000 000 000 M. 420 v. H. für die nächsten 10 000 000 000 000 000 000 000 000 M. 430 v. H. für die nächsten 50 000 000 000 000 000 000 000 000 M. 440 v. H. für die nächsten 100 000 000 000 000 000 000 000 000 M. 450 v. H. für die nächsten 500 000 000 000 000 000 000 000 000 M. 460 v. H. für die nächsten 1 000 000 000 000 000 000 000 000 000 M. 470 v. H. für die nächsten 5 000 000 000 000 000 000 000 000 000 M. 480 v. H. für die nächsten 10 000 000 000 000 000 000 000 000 000 M. 490 v. H. für die nächsten 50 000 000 000 000 000 000 000 000 000 M. 500 v. H. für die nächsten 100 000 000 000 000 000 000 000 000 000 M. 510 v. H. für die nächsten 500 000 000 000 000 000 000 000 000 000 M. 520 v. H. für die nächsten 1 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 M. 530 v. H. für die nächsten 5 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 M. 540 v. H. für die nächsten 10 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 M. 550 v. H. für die nächsten 50 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 M. 560 v. H. für die nächsten 100 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 M. 570 v

## Mieter Dresdens!

Die tägliche Erfahrung zeigt uns, daß das Besiehen des Mieteingangs- amts noch nicht genügend bekannt ist.  
Wir wiesen deshalb wiederholts darauf hin, daß der Mieter  
Schutz gegen ungerechtfertigte Mietsteigerungen und gegen unbes-  
timmte Räumlichkeiten bei dem

## Mieteingangsamt der Stadt Dresden

Breite Straße 9, 1.  
findet; er muß das Eingangsamt nur unverzüglich nach Eingang der Räum-  
lichkeit anrufen.

Unsre Geschäftsstelle, Marschallstraße 29, ist zu jeder Auskunft und  
Hilfsleistung gern bereit. Dasselbe sind auch Formulare zur Antragstellung  
 kostenfrei erhältlich. [S 64]

## Der Allgemeine Mietsbewohnerverein zu Dresden.

## Bekanntmachung der Allg. Ortskrankenkasse für Kötzschkenbrücke u. N.-O.

Die wöchentlichen Beiträge zur Krankenversicherung und die Gebühren betragen  
vom 1. Juli 1918 an — nach 4½ vom Hundert des Grundlohns — für Lehrlinge ohne  
Eigentl. und ohne Zeichnungen 28.—

		Wöchentl. Beitragssatz	v. Lohn für Kranken- u. Zeichn.-Beiziehung
I		bis 1.70	0.42
II	mehr als 1.70 M.	2.25	0.54
III	• 2.25	2.75	0.69
IV	• 2.75	3.00	0.81
V	• 3.00	4.50	1.08
VI	• 4.50	5.50	1.35
VII	• 5.50	6.50	1.62
VIII	• 6.50	7.50	1.89
IX	• 7.50	8.00	2.16
X	• 8.00	9.00	2.43
XI	• 9.00	—	2.70

Kötzschkenbrücke, den 20. Juni 1918.

[S 33]

Der Stellvorstand. Gem. Vorst. Schäffer, Vorst.

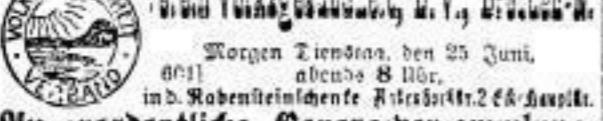
## Produktivgenossenschaft der Schneider für Dresden und Geishennersdorf

eingetrag. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht [S 610]

Allziva.	Bilanz vom 31. Dezember 1917.	Passiva.
<b>Verfügbare Werte:</b>		
Stammtonto . . . . .	1 877.08	
Guthabonto . . . . .	64 617.00	60 515.08
<b>Gelegte Werte:</b>		
Anteckonto . . . . .	4 041.92	
Überdeckungsonto . . . . .	4 500.65	
Guthabonto . . . . .	20.00	8 618.57
<b>Verbindlichkeiten:</b>		
Guthabonto . . . . .	21 890.00	
Inventaronto . . . . .	2.00	
Bestandsabonto . . . . .	1.00	
Zuschlagsabonto . . . . .	1.00	
Telephon- u. Signal- anlageabonto . . . . .	1.0	24 895.00
<b>Honorar:</b>		
Guthabonto . . . . .	6 000.00	
<b>Forderungen:</b>		
Guthabonto . . . . .	15 531.21	
		121 830.89
<b>Mitglieder, bewegten,</b>		
Bestand am 1. Januar 1917 . . . . .	82 Personen mit 108 zu einem Eingang im Jahre 1917 . . . . .	8 . . . . .
Budgedieben am 31. Dezember 1917 . . . . .	65 Personen mit 110 Anteilen	
Bestand am 31. Dezember 1917 . . . . .	1 Person . . . . .	1 Anteil
Das Mitgliedsverhältnis betrug am 1. Januar 1917 . . . . .	67 Personen mit 115 Anteilen.	
Bestand im Jahre 1917 . . . . .		861
Bestand am 31. Dezember 1917 . . . . .		447.51 M.
Die Hoffnung betrug am 1. Januar 1917 . . . . .		840.00
Zunahme im Jahre 1917 . . . . .		870.00
Bestand am 31. Dezember 1917 . . . . .		6750.00 M.

## Der Vorstand.

Joh. Apselbauer, C. Hiege, C. Wolf.



Wien Volkszeitung, B.V., Dresden

Morgen Dienstag, den 25. Juni,  
abends 8 Uhr,  
in d. Robensteinischen Altbaustr. 2 ff. beschr.

Unerordentliche Generoberammlung

Der Erstein familiärer Nachbedarf ist "Nied." D. V.

MUSEUMSGALERIE

Post: Leipziger Str. 17, Straßens. 7, 19. 22

Uhr. 8.10 Uhr. Bisher geschlossen, bald geöffnet!

Herzliches Willkommen an-

den Bergen in sieben

ausfahrenden Räumen für drei

Hohe Darlehen

auf Preisen, Schuh und

Westschuhe abt. 1-650

Südliches Reichshaus

Plauensche Straße 24, 2.

Naech. Vorvergleichsdi

hmen! Tiefdruck, ohne Kon-

furrenz, ab bald preiswert zu

verkaufen. Tiefdruck unter

W. 41 an die F. v. P. b. V.

Dresden, Wormser Straße 88.

Ein gutes Verfahren zur  
Herstellung von

## Runsthonig

im ersten-freier Qualität

regen entsprechende Ver-

arbeitung geziert. Welt-

angebote unter R. H. 800

zu Rabatt-Mosse, Leipzig.

Eine gute Preiswerte

Zeitung sehr preiswert

Leinen u. Baumwolle, Woll-,

Seiden- u. Stoffstoffe, Blaue,

Silberwaren, Flaschen, Re-

servietten usw. u. verkaufen bei

Post: Rosenthal, Galeriestraße 2, 1.

Leipzig, Übergasse 8, part., in der

W. 10. Posttag und am Son-

ntag.

Stadt Karlsruhe!

Nachdem wir unten beschrieben sind und

von uns gesuchtem Gatten und Tochter,

Eltern und Zorn

Ernst Kocher

ur legten Muße gehoben haben, so zu uns her-  
über von herzliebsten Dank für das sehr  
sehr gut aufgenommen. Sie mögen sehr  
nach dem überreichen Plauschend.

2. Dresden, den 22. Juni 1918.

Anna beim Soester und Söhne

## Ankauf alter Gebissen

Table pro Jahr 60 M.

Platin pro Gr. 7.50 M.

Brennfilze und Ziegel

pro Jahr 30 M.

Zeitung 30 M.

Taschenuhren

Bestecke, Glasschmuck

und Schmuck, Haarschmuck,

weiter Weberg. 20. I. 51 12 520

Sozial und

+ Frauenartikel +

Württemberg, Sauglinge u.

Strampelartikel, Gummihosen

usw. empfiehlt Gummihosen

aus Sanitas nur 18 422

Freiberger Platz 8

Damendekoration d. m. Frau.

Reitkunst, Freiheitskunst

Reitkunst,

## Reichstag.

27. Sitzung. Sonnabend, den 23. Juni 1918. Nachmittags 1 Uhr.  
Vorstandsvorsitzender: Kummerer.  
Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Gesetzes des allgemeinen Pensionsfonds, die nach den Abschlüssen des Reichstags mit einer allgemeinen Ausprache über alle Gruppen der Kriegsbeschädigten fürgehe.

## Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Erörtern sich. Gleichfalls mitberaten werden die beiden Vorschriften auf Erziehung des Kapitalabschöpfungsgefeches für die früheren Krieger, sowie eine Verordnung des Reichs bezüglich eines Kapitalabschöpfungsgefeches auf Offiziere.

## General von Langemann

ermittelt die beiden Vorschriften wohlaufend zur Annahme. Nur der Entwurf des deutschen Volkes für die im Kriege Verbliebenen und die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen, sowie aus Rücksicht auf eine gesunde Wohnungspolitik ist das Gesetz vom 3. Juli 1916 entstanden. Wenn die großen Erwartungen, die sowohl an das Gesetz gestellt worden sind, sich nur zum Teil erfüllt haben, so ist dies lediglich durch die Verhältnisse des Krieges bedingt worden. Das Bauvorhaben, das Mangel an Handwerkern und Baustoffen und die dadurch hervorgerufene Zeitverzögerung jeder Bauaufgabe nochmals vollständig lösungsfähig. Das Gesetz ist aber dennoch erfüllt einen großen Auftrag gefunden. Aus den Reihen der Teilnehmer an früheren Kriegen sind nur viele Toten und Verwundete, die dort auch verstorbenen. Der nachgelegte Erfolgswurf trug diesen Würdigen Belebung. Außerdem werden die Kriegsheimkehrer von 1866 und 1870 nur in geschwächten davon Gebrauch machen können, weil sie älter als 55 Jahre sind. Es wird aber bei der Prüfung solcher Gefüge beidermaßen wohlbauend berücksichtigt werden.

Die Offiziere genauso abzuhandeln wie die Mannschaften, ist nicht möglich, weil das Mannschaftsversorgungsgefech und das Offizierversorgungsgefech auf ganz verschiedene Grundsätze basieren, und weil die Wehrkraft, sein Kontakt zu verlieren, für den Offizier größer ist als für den Mann. Der Entwurf sieht darum vor einer Abhängigkeit auf Lebenszeit für Offiziere ab und nimmt für die Kapitalbeschaffung einen gähnend breiten Zeitraum an.

Die Beratungen über die Novellen zum Offizierpensionsgefech, zum Mannschaftsversorgungsgefech und Militärmobilisiergefech, die zwischen den anständigen Stellen stattfinden, sind noch nicht zum Abschluss gebracht. Die Militärdienstverwaltung steht auf dem Standpunkt, daß

## Für die Kriegsbeschädigten und ihre Hinterbliebenen

es Kind auf die gegenwärtige Teuerung unbedingt vom Zeitpunkt der Verpflichtung und der Einbringung der Rente selbst etwas geschehen muss. Es besteht daher die Absicht, dem I. Jahr ab zu veranlassen, daß die pensionierten im Kriege wieder verwandten Offiziere, die an Kampfhandlungen teilgenommen haben, und die nach dem bestehenden Gefecht noch ihrem Fazit in das Reichsabschöpfungsgefech durchdrückt finanziell entschädigt werden, daß sie zunächst erhalten, durch die sie später getestzt werden, als wenn sie ihren Rang entsprechend positioniert worden wären. Neben die Höhe und den Anfang dieser Bezüge kann ich noch nichts sagen.

## Abg. Giesbertz (B.):

Ich begrüße die Erweiterung des Kapitalabschöpfungsgefeches. Die Erweiterung der Renten an Kriegsbeschädigte sollte jede Verzögerung der Ausschüttung verhindern werden. Immer können wir die Kriegsbeschädigtenfürsorge als ein Maßnahmenkatalog für Deutschland ansehen. Das zeigt auch der heutige Erfolg der Kundenbefreiung. Es muss aber bei der Kriegsbeschädigtenfürsorge der sozialen Sphäre auf das Maßnahmenkatalog für Kriegsbeschädigten reichen, es muss deutlich zum Rentenamt kommen, daß es nicht um Rentenpflege handelt. Deshalb müssen die Renten am Rentenamt und dem Rentenamt kommen der Kriegsbeschädigten fürsorge übernommen werden, wie sie in der Rentenamtssatzung der Rentenamt für die Kriegsbeschädigten; ein Unternehmer der Kriegsbeschädigten fürsorge betreut, obwohl er Arbeit hat, betont sehr an unserer Nation. (Sehr wohl im Rentenamt) Die Renten der Kriegsbeschädigten können zur Durchführung sozialer Reformen viel beitragen, wenn sie sich von partei-politischen Erwägungen fern halten. Die Kriegsbeschädigten haben ja die Rente hieraus bekommen und den ominösen Parteien keinen Hoffnungsrückhalt mehr in den früheren Gefechten. (Beifall im Rentenamt.)

## Abg. Bauer (B.):

Die beiden vorliegenden Gesetzesentwürfe sind durchaus zweckmäßig; auf der besseren Ausgestaltung der Einzelheiten werden wir in der Kommission mitarbeiten. Die Anerkennung des Mannschaftsversorgungsgefeches, die General Langemann versprochen hat, ist mir sehr dringend. Als sie zu Anfang des Krieges bis zum Orientierung verloren wurde, konnte niemand die Rente des Kriegsverletzten, und auch jetzt kann noch niemand wissen, wann er unten wird. Deshalb muss jeder an diese Rente herangewiesen werden. Rundschau kommt es doch da um die Höhe der Renten, die sie ja nur das Reichsabschöpfungsgefech möglich ist. Ich bin überzeugt, daß die Rente aus ausreichendem Grund für die Kriegsbeschädigten fürsorge bestimmt ist. Der Reichsabschöpfungsgefech für die Kriegsbeschädigten fürsorge hat auch

## Für die Kriegsbeschädigten Teuerungszulagen

bestimmt. Die Kriegsbeschädigten und die Krieger, die in der Kriegsbeschädigten fürsorge erhalten haben, obwohl wir doch für sie in erster Linie zu sorgen verpflichtet sind. Die Art unserer Krieger kann sich schwanken, wie der Vorredner als ein Maßnahmenkatalog beschreibt; in diesem Punkte liegt vielleicht eine große Unterlassungsfähigkeit vor. Die von General Langemann in Absicht gestellten Zulagen sollen vom I. Jahr beginnen. Es wäre nur öfters, so von einem früheren Zeitpunkt an zu richten. (Sehr richtig B. d. Soz.)

Die beiden vorliegenden Gesetzesentwürfe sind durchaus zweckmäßig; auf der besseren Ausgestaltung der Einzelheiten werden wir in der Kommission mitarbeiten. Die Anerkennung des Mannschaftsversorgungsgefeches, die General Langemann versprochen hat, ist mir sehr dringend. Als sie zu Anfang des Krieges bis zum Orientierung verloren wurde, konnte niemand die Rente des Kriegsverletzten, und auch jetzt kann noch niemand wissen, wann er unten wird. Deshalb muss jeder an diese Rente herangewiesen werden. Rundschau kommt es doch da um die Höhe der Renten, die sie ja nur das Reichsabschöpfungsgefech möglich ist. Ich bin überzeugt, daß die Rente aus ausreichendem Grund für die Kriegsbeschädigten fürsorge bestimmt ist. Ein weiterer Vorschlag

Wangel steht in dem Rechtsverfahren. Ein Collegium von drei Offizieren entscheidet endgültig, ob eine Kriegsbeschädigung vorliegt oder nicht, ob als überkauft eine Rente zu gewähren ist. Wir dürfen die Kriegsbeschädigten nicht schlechter stellen als die Arbeitsbeschädigten, für die ein fiktives fiktives Rechtsverfahren durchgeführt ist. Ist es doch meistens vorgekommen, daß Arbeitsbeschädigte, die mit ihrer Anerkennung einer höheren Rente bedrohten, abgewiesen wurden, wegen des Kosten gestoppt worden sind. Soldaten vorzunehmen gereichen dem Deutschen Reich nicht aus. (Sehr wohl B. d. Soz.) Werner auch das Kriegsbeschädigten fürsorge ist zweifellos vom sozialen Seite erfüllt und das berufenstreiche Arbeit im Interesse der Kriegsbeschädigten geführt. Der Ansetzung hat, kann ich mich anschließen. Eine Reihe von Ortsausschüssen arbeiten gewiss im Sinne der Renten, aber es werden auch zahlreiche Beschwerden laut über ungerechte Organisation und nicht ausreichende Tätigkeit vieler Organisationen. Die gewerkschaftlichen und Angestelltenorganisationen aber Aktionen haben schon vor Jahren eine gesetzliche Regelung dieser Materie gefordert. Wenn die Rentenförderung, die ganze Fürsorge für die Kriegsbeschädigten erzielbar durchgeführt werden soll, so müssen die Organe der Kriegsbeschädigtenfürsorge auch eine gewisse Initiative entfalten können. (Sehr richtig B. d. Soz.) Deute werden die Ortsausschüsse vielleicht einseitig durch die Landräte annehmen. Der Vorhof, der Lehren kann es, die die Arbeiten übernehmen. Bei aller Anerkennung des guten Willens dieser Herren, muß man doch verlangen, daß die wirklich Sachverständigen in den Fragen des Arbeitsvertrages, die Verträge der Organisationen, dabei mitgeschult werden. Das Vorhaben ist zweifellos für die Kriegsbeschädigten fürsorge

ernannt werden, damit er das Recht hat, bestimmt zu handeln. Ein sehr unzureichendes Kapitel ist die Ausbringung der Rente anfangs des Mittel. Wir haben seit langem beantragt, daß dem Reichsabschöpfungsgefech Mittel des Reichs zur Verfügung gestellt werden. Mit guten Absichten allein ist den Kriegsbeschädigten nicht geholfen, es muß ihnen auch Hilfe durch die Tat gegeben werden. Eine Reihe von Gemeinden haben darüber gewiss gehandelt, aber die Zahl der Gemeinden, die ehrliche Mittel für diesen Zweck aufzutun können, ist doch verhältnismäßig gering. In erster Linie hat doch das Reich die Pflicht, für die Opfer des Krieges zu sorgen. (Sehr wohl B. d. Soz.) Ebenso muss die Rundschau für die Rente aufgestellt werden, sofern sie nicht unterdrückt werden. Der Reichstag hat das bereits längst einstimmig beschlossen, aber die Regierung hat dem nicht Rechnung getragen. (Herr Körth B. d. Soz.) Wenn 200 Millionen Brüderbrüderprämien gesetzt werden sollen, so gibt es kein Problem, aber den Kriegsbeschädigten steht das Reichsabschöpfungsgefech mit ausknüpfen zu können gegenüber. Es ist kein Aufschwung in der Geschäftsführung des Deutschen Reiches, daß der Reichsabschöpfungsgefech seine Fülle an öffentlichen Sammlungen nehmen muss. (Sehr wohl) Dies Anstreben der öffentlichen Wohltätigkeit hat gerade in den Reihen der Kriegsbeschädigten großen Zuspruch und Empörung hervorgerufen. (Sehr richtig B. d. Soz.) Wenn wir uns förmlich doch dazu verstanden haben, diese Sammlungen zu unterstützen, so deshalb, weil es im Augenblick gar kein anderes Mittel gibt, um die allerdringlichsten Ausgaben im Interesse der Kriegsbeschädigten zu decken. Vor allem wird es unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß die Kriegsbeschädigten, wenn sie wieder erwerbstätig gemacht sind, auch wirtschaftlich Beschäftigung finden. Außerdem Zwecke fordern wir

den gesetzlichen Anstrengungen, aber Beschäftigungszwang der Kriegsbeschädigten. Die Betriebe sollen verpflichtet sein, alle Betriebsleiter, die früher bei ihnen beschäftigt waren, wieder einzuholen und darüber hinaus einen gewissen Prozentsatz von Kriegsbeschädigten zu beschäftigen. Das gilt vor allem für die öffentlichen Betriebe, aber auch die Privatindustrie muss verpflichtet werden, nach Maßgabe eines bestimmten, je nach der Art der Betriebe verschiedenen Prozentsatz schwerbeschädigte Kriegsleucher einzuholen. Wie gehen nicht sofort, einen Entlastungszwang für alle Kriegsbeschädigten zu fordern, denn die Leute, die 20 bis 30 Pros. geschädigt sind, werden in der Regel ihre Arbeitskraft vorwerfen können. Aber ich halte es für eine nationale Pflicht, daß für die Anstellung der über 50 Pros. Gehinderten durch Gesetz gejagt ist. Alle gewerkschaftlichen Organisationen, ohne Rücksicht auf die politische und religiöse Differenz, in ill. der Gewerbe, haben sich für diesen gesetzlichen Entlastungszwang gegen die Kriegsbeschädigten ausgesprochen, und zwar, im Gegensatz zum Abg. Giesbertz, mit besonderer Wärme die arbeitenden Arbeiter. Mit der Verpflichtung auf die soziale Pflicht ist hier nicht viel anzufangen. Das zeigt sich schon jetzt und wird sich noch mehr zeigen, je länger der Krieg dauert und erst recht, wenn die augenblickliche Not des Kriegs vorüber ist. Man verlangt Maßregeln gegen das Händlerium der Kriegsbeschädigten. Genau wäre es sehr unerfreulich, wenn wir fortgesetzt auf den Straßen Kriegsbeschädigten begegnen, die ihre Waren anbieten, aber es wäre eine ungeheure Säte, gegen das Händlerium vorgehen, wenn man den Kriegsbeschädigten nicht auf den anderen Seite die Sanktion gibt, daß die Verpflichtung finden. So schwierig ist das Problem nicht. Man kann sehr wohl vorstellen, daß auf 25 Angeklagte ein Schwerbeschädigter ausschlägt. Ich denke, daß es eine leichte Arbeit wird immer vorhanden sein, wenn nur der gute Willen dafür ist. Dies gewöhnliche Problem läuft sich nicht durch den warmen Appell an die soziale Einsicht beenden. Es wäre ein grauenhafter Aufstand, wenn die Entlastung der Kriegsbeschädigten erst erförmst werden müßte durch öffentliche Verurteilung und Vohhoff, wie das Herr Giesbertz vorschlägt. Die Kriegsbeschädigten haben ihre Gelnhüm und ihre Arbeitskraft doch eingeholt, damit die nationale Existenz Deutschlands erhalten bleibt. Deshalb muß die nationale Rente durch die Renditeabfuhr abgetragen werden, daß unsere Unternehmer gezwun-

det, man dem Kriegsbeschädigten nicht auf den anderen Seite die Sanktion gibt, daß die Verpflichtung finden. So schwierig ist das Problem nicht. Man kann sehr wohl vorstellen, daß auf 25 Angeklagte ein Schwerbeschädigter ausschlägt. Ich denke, daß es eine leichte Arbeit wird immer vorhanden sein, wenn nur der gute Willen dafür ist. Dies gewöhnliche Problem läuft sich nicht durch den warmen Appell an die soziale Einsicht beenden. Es wäre ein grauenhafter Aufstand, wenn die Entlastung der Kriegsbeschädigten erst erförmst werden müßte durch öffentliche Verurteilung und Vohhoff, wie das Herr Giesbertz vorschlägt. Die Kriegsbeschädigten haben ihre Gelnhüm und ihre Arbeitskraft doch eingeholt, damit die nationale Existenz Deutschlands erhalten bleibt. Deshalb muß die nationale Rente durch die Renditeabfuhr abgetragen werden, daß unsere Unternehmer gezwun-

det, man dem Kriegsbeschädigten nicht auf den anderen Seite die Sanktion gibt, daß die Verpflichtung finden. So schwierig ist das Problem nicht. Man kann sehr wohl vorstellen, daß auf 25 Angeklagte ein Schwerbeschädigter ausschlägt. Ich denke, daß es eine leichte Arbeit wird immer vorhanden sein, wenn nur der gute Willen dafür ist. Dies gewöhnliche Problem läuft sich nicht durch den warmen Appell an die soziale Einsicht beenden. Es wäre ein grauenhafter Aufstand, wenn die Entlastung der Kriegsbeschädigten erst erförmst werden müßte durch öffentliche Verurteilung und Vohhoff, wie das Herr Giesbertz vorschlägt. Die Kriegsbeschädigten haben ihre Gelnhüm und ihre Arbeitskraft doch eingeholt, damit die nationale Existenz Deutschlands erhalten bleibt. Deshalb muß die nationale Rente durch die Renditeabfuhr abgetragen werden, daß unsere Unternehmer gezwun-

det, man dem Kriegsbeschädigten nicht auf den anderen Seite die Sanktion gibt, daß die Verpflichtung finden. So schwierig ist das Problem nicht. Man kann sehr wohl vorstellen, daß auf 25 Angeklagte ein Schwerbeschädigter ausschlägt. Ich denke, daß es eine leichte Arbeit wird immer vorhanden sein, wenn nur der gute Willen dafür ist. Dies gewöhnliche Problem läuft sich nicht durch den warmen Appell an die soziale Einsicht beenden. Es wäre ein grauenhafter Aufstand, wenn die Entlastung der Kriegsbeschädigten erst erförmst werden müßte durch öffentliche Verurteilung und Vohhoff, wie das Herr Giesbertz vorschlägt. Die Kriegsbeschädigten haben ihre Gelnhüm und ihre Arbeitskraft doch eingeholt, damit die nationale Existenz Deutschlands erhalten bleibt. Deshalb muß die nationale Rente durch die Renditeabfuhr abgetragen werden, daß unsere Unternehmer gezwun-

det, man dem Kriegsbeschädigten nicht auf den anderen Seite die Sanktion gibt, daß die Verpflichtung finden. So schwierig ist das Problem nicht. Man kann sehr wohl vorstellen, daß auf 25 Angeklagte ein Schwerbeschädigter ausschlägt. Ich denke, daß es eine leichte Arbeit wird immer vorhanden sein, wenn nur der gute Willen dafür ist. Dies gewöhnliche Problem läuft sich nicht durch den warmen Appell an die soziale Einsicht beenden. Es wäre ein grauenhafter Aufstand, wenn die Entlastung der Kriegsbeschädigten erst erförmst werden müßte durch öffentliche Verurteilung und Vohhoff, wie das Herr Giesbertz vorschlägt. Die Kriegsbeschädigten haben ihre Gelnhüm und ihre Arbeitskraft doch eingeholt, damit die nationale Existenz Deutschlands erhalten bleibt. Deshalb muß die nationale Rente durch die Renditeabfuhr abgetragen werden, daß unsere Unternehmer gezwun-

det, man dem Kriegsbeschädigten nicht auf den anderen Seite die Sanktion gibt, daß die Verpflichtung finden. So schwierig ist das Problem nicht. Man kann sehr wohl vorstellen, daß auf 25 Angeklagte ein Schwerbeschädigter ausschlägt. Ich denke, daß es eine leichte Arbeit wird immer vorhanden sein, wenn nur der gute Willen dafür ist. Dies gewöhnliche Problem läuft sich nicht durch den warmen Appell an die soziale Einsicht beenden. Es wäre ein grauenhafter Aufstand, wenn die Entlastung der Kriegsbeschädigten erst erförmst werden müßte durch öffentliche Verurteilung und Vohhoff, wie das Herr Giesbertz vorschlägt. Die Kriegsbeschädigten haben ihre Gelnhüm und ihre Arbeitskraft doch eingeholt, damit die nationale Existenz Deutschlands erhalten bleibt. Deshalb muß die nationale Rente durch die Renditeabfuhr abgetragen werden, daß unsere Unternehmer gezwun-

det, man dem Kriegsbeschädigten nicht auf den anderen Seite die Sanktion gibt, daß die Verpflichtung finden. So schwierig ist das Problem nicht. Man kann sehr wohl vorstellen, daß auf 25 Angeklagte ein Schwerbeschädigter ausschlägt. Ich denke, daß es eine leichte Arbeit wird immer vorhanden sein, wenn nur der gute Willen dafür ist. Dies gewöhnliche Problem läuft sich nicht durch den warmen Appell an die soziale Einsicht beenden. Es wäre ein grauenhafter Aufstand, wenn die Entlastung der Kriegsbeschädigten erst erförmst werden müßte durch öffentliche Verurteilung und Vohhoff, wie das Herr Giesbertz vorschlägt. Die Kriegsbeschädigten haben ihre Gelnhüm und ihre Arbeitskraft doch eingeholt, damit die nationale Existenz Deutschlands erhalten bleibt. Deshalb muß die nationale Rente durch die Renditeabfuhr abgetragen werden, daß unsere Unternehmer gezwun-

det, man dem Kriegsbeschädigten nicht auf den anderen Seite die Sanktion gibt, daß die Verpflichtung finden. So schwierig ist das Problem nicht. Man kann sehr wohl vorstellen, daß auf 25 Angeklagte ein Schwerbeschädigter ausschlägt. Ich denke, daß es eine leichte Arbeit wird immer vorhanden sein, wenn nur der gute Willen dafür ist. Dies gewöhnliche Problem läuft sich nicht durch den warmen Appell an die soziale Einsicht beenden. Es wäre ein grauenhafter Aufstand, wenn die Entlastung der Kriegsbeschädigten erst erförmst werden müßte durch öffentliche Verurteilung und Vohhoff, wie das Herr Giesbertz vorschlägt. Die Kriegsbeschädigten haben ihre Gelnhüm und ihre Arbeitskraft doch eingeholt, damit die nationale Existenz Deutschlands erhalten bleibt. Deshalb muß die nationale Rente durch die Renditeabfuhr abgetragen werden, daß unsere Unternehmer gezwun-

det, man dem Kriegsbeschädigten nicht auf den anderen Seite die Sanktion gibt, daß die Verpflichtung finden. So schwierig ist das Problem nicht. Man kann sehr wohl vorstellen, daß auf 25 Angeklagte ein Schwerbeschädigter ausschlägt. Ich denke, daß es eine leichte Arbeit wird immer vorhanden sein, wenn nur der gute Willen dafür ist. Dies gewöhnliche Problem läuft sich nicht durch den warmen Appell an die soziale Einsicht beenden. Es wäre ein grauenhafter Aufstand, wenn die Entlastung der Kriegsbeschädigten erst erförmst werden müßte durch öffentliche Verurteilung und Vohhoff, wie das Herr Giesbertz vorschlägt. Die Kriegsbeschädigten haben ihre Gelnhüm und ihre Arbeitskraft doch eingeholt, damit die nationale Existenz Deutschlands erhalten bleibt. Deshalb muß die nationale Rente durch die Renditeabfuhr abgetragen werden, daß unsere Unternehmer gezwun-

det, man dem Kriegsbeschädigten nicht auf den anderen Seite die Sanktion gibt, daß die Verpflichtung finden. So schwierig ist das Problem nicht. Man kann sehr wohl vorstellen, daß auf 25 Angeklagte ein Schwerbeschädigter ausschlägt. Ich denke, daß es eine leichte Arbeit wird immer vorhanden sein, wenn nur der gute Willen dafür ist. Dies gewöhnliche Problem läuft sich nicht durch den warmen Appell an die soziale Einsicht beenden. Es wäre ein grauenhafter Aufstand, wenn die Entlastung der Kriegsbeschädigten erst erförmst werden müßte durch öffentliche Verurteilung und Vohhoff, wie das Herr Giesbertz vorschlägt. Die Kriegsbeschädigten haben ihre Gelnhüm und ihre Arbeitskraft doch eingeholt, damit die nationale Existenz Deutschlands erhalten bleibt. Deshalb muß die nationale Rente durch die Renditeabfuhr abgetragen werden, daß unsere Unternehmer gezwun-

det, man dem Kriegsbeschädigten nicht auf den anderen Seite die Sanktion gibt, daß die Verpflichtung finden. So schwierig ist das Problem nicht. Man kann sehr wohl vorstellen, daß auf 25 Angeklagte ein Schwerbeschädigter ausschlägt. Ich denke, daß es eine leichte Arbeit wird immer vorhanden sein, wenn nur der gute Willen dafür ist. Dies gewöhnliche Problem läuft sich nicht durch den warmen Appell an die soziale Einsicht beenden. Es wäre ein grauenhafter Aufstand, wenn die Entlastung der Kriegsbeschädigten erst erförmst werden müßte durch öffentliche Verurteilung und Vohhoff, wie das Herr Giesbertz vorschlägt. Die Kriegsbeschädigten haben ihre Gelnhüm und ihre Arbeitskraft doch eingeholt, damit die nationale Existenz Deutschlands erhalten bleibt. Deshalb muß die nationale Rente durch die Renditeabfuhr abgetragen werden, daß unsere Unternehmer gezwun-

det, man dem Kriegsbeschädigten nicht auf den anderen Seite die Sanktion gibt, daß die Verpflichtung finden. So schwierig ist das Problem nicht. Man kann sehr wohl vorstellen, daß auf 25 Angeklagte ein Schwerbeschädigter ausschlägt. Ich denke, daß es eine leichte Arbeit wird immer vorhanden sein, wenn nur der gute Willen dafür ist. Dies gewöhnliche Problem läuft sich nicht durch den warmen Appell an die soziale Einsicht beenden. Es wäre ein grauenhafter Aufstand, wenn die Entlastung der Kriegsbeschädigten erst erförmst werden müßte durch öffentliche Verurteilung und Vohhoff, wie das Herr Giesbertz vorschlägt. Die Kriegsbeschädigten haben ihre Gelnhüm und ihre Arbeitskraft doch eingeholt, damit die nationale Existenz Deutschlands erhalten bleibt. Deshalb muß die nationale Rente durch die Renditeabfuhr abgetragen werden, daß unsere Unternehmer gezwun-

det, man dem Kriegsbeschädigten nicht auf den anderen Seite die Sanktion gibt, daß die Verpflichtung finden. So schwierig ist das Problem nicht. Man kann sehr wohl vorstellen, daß auf 25 Angeklagte ein Schwerbeschädigter ausschlägt. Ich denke, daß es eine leichte Arbeit wird immer vorhanden sein, wenn nur der gute Willen dafür ist. Dies gewöhnliche Problem läuft sich nicht durch den warmen Appell an die soziale Einsicht beenden. Es wäre ein grauenhafter Aufstand, wenn die Entlastung der Kriegsbeschädigten erst erförmst werden müßte durch öffentliche Verurteilung und Vohhoff, wie das Herr Giesbertz vorschlägt. Die Kriegsbeschädigten haben ihre Gelnhüm und ihre Arbeitskraft doch eingeholt, damit die nationale Existenz Deutschlands erhalten bleibt. Deshalb muß die nationale Rente durch die Renditeabfuhr abgetragen werden, daß unsere Unternehmer gezwun-

det, man dem Kriegsbeschädigten nicht auf den anderen Seite die Sanktion gibt, daß die Verpflichtung finden. So schwierig ist das Problem nicht. Man kann sehr wohl vorstellen, daß auf 25 Angeklagte ein Schwerbeschädigter ausschlägt. Ich denke, daß es eine leichte Arbeit wird immer vorhanden sein, wenn nur der gute Willen dafür ist. Dies gewöhnliche Problem läuft sich nicht durch



nehmen inzischen. Die Handelskammer richten an alle Firmen ihres Bezirks, bei denen einzelne Stellungen offen sind oder in absehbarer Zeit frei werden, die Bitte, ihr dies umgehend mitzuteilen. Einzelnen brauchen vorläufig nicht angegeben zu werden. Die Firma wird sich deswegen von Fall zu Fall mit den betreffenden Firmen ins Einvernehmen setzen.

Die Frühkartoffeln für die Dresdner Bevölkerung sollen hauptsächlich aus den Provinzen Sachsen, Böhmen und Thüringen zum großen Teile aus Bayern geliefert werden. Dies ist eine Auslastung des Generalsekretariats des bayerischen Landwirtschaftsministeriums von Interesse, die keine allzu großen Vorschriften auf die Lieferung bayrischer Frühkartoffeln ausstößt.

Es wird von der genannten Stelle gefordert, daß die Dresden und das feste Wetter die Ernte ausreichend vorbereitet und somit hinsichtlich des Roggens und der Kartoffeln ungünstig beeinflussen. Die Frühkartoffeln sind in der Entfernung weniger weit als im Vorjahr. Wegen der durch den verursachten Hinausziehung der Frühkartoffelernte wird von Bayern dem von den herkömmlichen Wünschen nach Überlassung weiterer Mengen Kartoffeln nicht entsprochen werden können. Was kann entdeckt hat, hat es bereits an Österreich übergeben.

Die Erteilung eines Sonderabschlußbedarfsscheines betrifft die Bekanntmachung im Anzeigenteil dieser Nummer.

Sachsen's Spielplan hat wiederum einige Veränderungen erfahren. Pepi Neuer tritt mit ihren Seitenblattstudien vor das Dresdner Publikum. Ein dritter Abenzer des Meisterdetektivs Stuart Webb ist auf den Spielplan gesetzt. Die Liebhaber des Tanzes erfreuen neue Tanzstunden. Auch Sachsen's Löwendressur ist wieder in den Spielplan aufgenommen worden. Im übrigen bringt die Folge der Darbietungen hauptsächlich humoristische Stoffe.

Vollgesundheitler, Kinderfreunde, Wanderte, Turner, Leichtathleten. Morgen Dienstag findet die außerordentliche Generalversammlung des Vereins Volksgeföhl in der Käthe-Kollwitz-Straße statt. Wichtige Tagesordnung. Die Versammlung beginnt Punkt 8 Uhr.

Richtigstellung. Die in der Nummer vom 19. Juni enthaltene Notiz: Drei Rollen Schustergarn — zehn Sonnate Buchhaus bedarf der Berichtigung. Der dort genannte Willi Meyer wurde zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Als Milderungsgrund wurde seine geringe Widerwilligkeit angenommen.

Bernische Nachrichten. Durch den in der Nacht zum Sonntag während des gestrigen Tages herrschenden Sturm wurde ein Dörrer und in den Anlagen manigfach Schaden angerichtet. Der Stadtrat am Sonntag früh 9 Uhr war im Grundstück

Giebichenstraße 56 infolge Selbstentzündung ein Kohlenloge in Brand geraten. Mit Anwendung von drei Brunnenspritzen wurde das Feuer gelöscht. — Am Sonntag nachmittag entzündete sich durch Feuerfunken aus einer Petroleum zwischen Radebeul und Dresden ein Haufen hölzerne Eisenbahnschwellen. Durch den starken Wind wurde das Feuer weitergetrieben und erschaffte weitere sieben Stapel solcher Schwellen, die vollständig niederbrennen. Die Feuerwehr löschte den Brand. — Die Hungersteine in der Elbe sind jetzt auch in Teichen wieder sichtbar geworden. Der große Hungerstein befindet sich an der Leipziger Seitenbrücke und zeigt die Inschrift: "Wenn du mich siehst, dann weine."

#### Mit der Umgebung.

Kennig, Abschnitt 9 der Lebensmittelkarten ist bis zum 28. d. M. in einem bislang freien Zeitraum anzumelden und von den Gemeindeleuten bis zum 28. d. M. im Gemeindeamt abzugeben.

Goschwitz. An den Tüttewitzdorfer Güterverlauf ab 25. Juni. Radfahrten von 6 bis 7 Uhr Kirchenverkauf. Karren 721 bis Ende.

Noch unbeliebte Abschüsse früherer Nummern werden mitteleiert.

Radebeul. Mitteilungen aus der Sitzung des Sechzehn-

mitgliedsausschusses. Die im Herbst untergebrachte Kartoffel-

ware der Gemeinde gelegentlich ordnend schlechte Holzfärbart und es treten dadurch größere Verluste ein. Bei Rötsch hierauf und weil die Einzelverbraucher besser in der Lage sind, ihre kleinen Vorräte fortgelöst zu überwinden, als die Gemeinde den Gesamtvorrat, wird beschlossen, die noch zu beherrschende drei Wochenfrist sofort vor zu beladen und vor einen kleinen Teil für die Umlauber aufzuladen. Auf eine Nachlieferung bei anderweitig vorliegenden Verbrauch ist also sowieso zu rechnen. Zur Erzielung der Kartoffeln ist möglichst Dresdner aus der Verteilung gefordert, doch ist dies nur in verhältnismäßig geringem Umfang bestellt worden. (Warum?) — Auf die Rötsch über die angeblich bessere Lebensmittel- und insbesondere Güterverteilung im Hohenlohe-Ernstthal im Nr. 187 des A. T. ist beim dortigen Stadtrat angeklagt worden, und wie nicht anders erwartet, die Antwort eingegangen, daß es sich um eine regelmäßige Wochen-Güterverteilung von 1/2 Pfund je Pfund gehandelt hat. Die anderen in der Rötsch erwähnten Lebensmittel sind hier in vielen Geschäften im freien Handel zu haben. (Aber nur für Leute mit großem Geldbeutel.) D. O. — Weiter wird Kenntnis genommen von der ablehnenden Antwort der Rötsch-Amtshauptmannschaft auf das Gesuch, wenigstens die Fleischstilleßverzehrer nicht vom Bezugs von Nährmitteln ausgeschlossen.

Die Debatte über den Bericht war lebhaft und eingehend, bewegte sich aber im Rahmen des Referats. Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Heute Volks- und Tariffragen referierte Paula Thiede. Neben die Volksfrage sprach der Rötschener Bodo ab, der eine Aufklärung der Rötschverhältnisse das Wort redete. Für die Kommission, die zur Prüfung dieser Frage eingesetzt war, berichtete Baumgärtner-Berlin. Die Kommission schlägt vor, die Solidarität statt aufs vierzehnmalige erscheinen zu lassen.

In der Generaldebatte werden alle Vorschläge und Anträge, die zur Finanzierung der Kasse führen sollen, von 15 Abgeordneten von allen Geschäftspunkten aus beleuchtet. Besonders werden die Wünsche, die die Veranderung auf die Mitglieder ausübt, erörtert, doch heißt man, daß auch die Mitglieder die Notwendigkeit der Erhöhung einsehen werden.

Die Beiträge werden einstimmig folgendermaßen bestimmt und dem Statut eingetragen:

Von	Einfachgeb	Teitrag
bis 12 J. 1. Klasse	40 Pf.	40 Pf.
über 12 - 15 - 2.	50 -	50 -
- 15 - 20 - 3.	60 -	60 -
- 20 - 25 - 4.	80 -	80 -
- 25 - 30 - 5.	90 -	90 -
- 30 - 6.	100 -	100 -

Weibliche Mitglieder sind nicht verpflichtet, der 6. Beitrag

tragsfrei anzubehalten.

Die Lebensmittelunterstützung sollbeitragen:

bei 52 Beiträgen à 1 M. pro Tag 1,70 M. = 80 Tage

\* 104 \* 1 \* 2,00 \* = 45 \*

\* 208 \* 1 \* 2,25 \* = 60 \*

\* 200 \* 1 \* 2,75 \* = 60 \*

Die Straßenunterstützung soll in Zukunft betrachten:

bei 52 Beiträgen à 1 M. pro Tag 70 Pf. = 80 Tage

\* 104 \* 1 \* 80 \* = 80 \*

\* 106 \* 1 \* 90 \* = 80 \*

\* 208 \* 1 \* 100 \* = 80 \*

Former wird durch einstimmige Abstimmung mit 18 gegen 8 Stimmen beschlossen, die Solidarität vom 1. Oktober an 14-täglich erscheinen zu lassen.

#### Gewerkschaftsbewegung.

##### Inland.

Die Firma Messing-Kaufhaus, G. m. b. H., schreibt uns zu der in der Nr. 138 der Dresdner Volkszeitung veröffentlichten Rötsch, die diese Rötsch über die Gehaltsverhältnisse im sozialem Bereich erwidern möchte. Die Firma legt daher Wert auf die Feststellung, ihr Verstand habe gelegenheit einer von ihr einberufenen Verbandsversammlung einstimmig erkannt, daß zu einem Eingehen des Centralverbands der Handlungsgesellen keine Veranlassung vorliege und er habe der Geschäftsleitung volles Vertrauen ausgesprochen. Dasselbe sei in einer zweiten vom Centralverband einberufenen Verbandsversammlung festgestellt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sach, Briesen. Verantwortlich für den Inserenteil: Max Seifert, Dresden-Schlesien. — Druck und Verlag: Haben u. Komp., Dresden.

#### Berbandstag der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter.

Berlin, den 18. bis 20. Juni.

Am Montag früh wurde in die Tagesordnung eingetragen, die gleich nach Beginn des Krieges eingetragene außerordentliche Arbeitslosigkeit erleichte die Kollegen und Kolleginnen, dann dann die Flucht der Arbeitnehmer in andere Betriebe. Wie dann allmählich eine bessere Reglung im Beruf wieder eintrat, schließt es an neueren Arbeitsschäften. Der Mitgliederverband betrug am Jahresende 1917 7702. Die Gesamteinnahmen der Jahre 1914

oder mit einer dicker Striche bekräftigt. [S 82]

Dresden, den 21. Juni 1918.

Der Rat zu Dresden, Gewerbeamt B.

#### Nährmittel-Verteilung.

§ 1. Von den für die Stadt Dresden auf die Zeit vom 9. Juni bis 6. Juli 1918 ausgegebenen Nährmittelkarten werden beliebt:

a) Abschnitt II der grünen Nährmittelkarte C mit 1/2 Pfund Telgwaren

b) \* II - blauem D - 1 \*

§ 2. Die Anmeldung der Abschüsse in einem Kleinhandelsgeschäft hat am 24. oder 25. Juni 1918 zu erfolgen.

§ 3. Die Kleinhändler haben die Abschüsse getrennt nach der Art der Sorten (C oder D) in die Kundenliste eingetragen, getrennt aufzuschreiben und obdann getrennt in Paketen zu 100 Stück verpackt, die Pakete mit Kämmen oder sonstwie verkleidet, der zuständigen Meldestelle am 26. oder 27. Juni 1918 abzugeben. Nachmeldungen sind ausgeschlossen.

§ 4. Wer gefälschte Abschüsse oder solche mit anderer Bezeichnung erzielt oder unschichtige Angaben über die Zahl der eingereichten Abschüsse macht, hat strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen.

§ 5. Als Meldestellen sind eingerichtet:

a) für Großhändler des Kleinhandels (Konsumvereine, Einlauffvereine),

b) für Geschäfte, die Mitglieder der Einlauffgesellschaft Dresdner Kolonialwarenhändler, m. b. H. in Dresden sind,

c) für Geschäfte, die Mitglieder des Einlauffvereins Dresdner Kolonialwaren- und Produktionshändler in Dresden sind,

d) für Geschäfte, die weder unter a, noch unter b und c fallen, die Firmen:

Wachs & Goldner, Wallstraße 4 Holm Jumpe, Rossmarktstraße 2

March Hennig & Co., China-Allee 29 Mag Leipziger, Königstraße 11

Bramann & Co., Königsbrüderstr. 6 Weißig & Mechler, Leipziger Straße 7

Rosack & Waldamus, Kleine Poststraße 3 Schröder & Co., Kleine Poststraße 7 Bruno A. Hoffmann, Wintergartenstr. 72

§ 6. Die Kleinhandelsgeschäfte und Meldestellen haben insbesondere darauf zu achten, daß sie mit dem Aufdruck "Stadt Dresden" versehen ist.

§ 7. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem 1. Juli 1918 erfolgen, wobei jedenfalls sich der Kleinhändler strafbar macht.

§ 8. Der Preis bei der Abgabe für Wasserware aus 75%igem Mehl 60 Pf. für 1 Pfund Teigbrot, 60 Pf. für 1 Pfund Schnittmehl und Suppenzüge, 60 Pf. für 1 Pfund Teigrohrenbrötchen, 60 Pf. für 1 Pfund Schnittmehl und Suppenzüge, 60 Pf. für 1 Pfund Teigrohrenbrötchen.

§ 9. Die Abrechnung mit den Meldestellen liegt der Vorratsverteilungsgesellschaft, hier Hauptstraße 15, 3. ob.

§ 10. Zuverhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1918 bestraft.

Dresden, am 22. Juni 1918.

Der Rat zu Dresden.

Ein zum 15. September 1918 erfolgt auf Antrag ohne Prüfung der Notwendigkeit des Bedarfs jenen Verbraucher die Erteilung eines

#### Butterverteilung.

Donnerstag den 27. und Freitag den 28. Juni 1918

Den Beliebtest:

a) die angemeldete Landesfettkarte der Stadt Dresden, Juni R. mit 1/2 Pfund Butter und

b) der angemeldete Butterbezugschein mit 50 vom Hundert mit Margarine.

Der Kleinhandelspreis beträgt für Butter 3,82 M. für 1 Pfund, 1,70 M. für 1/2 Pfund, 0,88 M.

1/4 Pfund, 0,44 M. für 1/8 Pfund, für Margarine 2 M. für 1 Pfund.

Dresden, am 22. Juni 1918.

#### Der Rat zu Dresden.

#### Eierverteilung.

§ 1. Für die Woche vom 23. bis 29. Juni 1918 darf von den zum Eierverkauf zugelassenen

einem Ei auf jede Lebensmittelkarte (grau und gelb)

angeboten werden.

Der Verkauf an die Verbraucher findet von Dienstag den 25. Juni 1918 an statt. Die Eierei an die Kleinhandelsgeschäfte erfolgt nach und nach je nach Eingang Ware.

Der Preis für jedes Ei beträgt 88 Pf. Es ist dem Ei mit roter Farbe aufgedruckt.

§ 2. Für die Woche vom 23. bis 29. Juni 1918 können auf die Bezugsscheine der Gastwirtschaften und Bäckereien Eier nicht abgegeben werden.

§ 3. Zuverhandlungen werden nach § 10 der Ratsbekanntmachung vom 2. September 1918

Dresden, am 22. Juni 1918.

#### Der Rat zu Dresden.

Ein zum 15. September 1918 erfolgt auf Antrag ohne Prüfung der Notwendigkeit des Bedarfs jenen Verbraucher die Erteilung eines

#### Sonderschuhbedarfsschein.

Bestätigt zum einmaligen Bezug von bedarfssicheren Schuhwerk, das vor dem 24. November 1916 hergestellt ist, und vor eines Paars Hausschuhe oder Pantoffel oder Turne, Tennis, Bad-, Samt-, Brosat oder anderen Stoffen, aus weitem, Bronce, Gold- oder Silberleder, Woll- oder

Dienstleder hergestellt ist.

Dieser Schein ist nicht übertragbar und verfällt am 30. September 1918 seine Gültigkeit.

Für die Dresdner Einwohner kann als Sonderschuhbedarfsschein der Ausweis 185 der

Landesfettkarte vom 9. Juni bis 6. Juli 1918 verwendet werden. Die Dresdner Händler

haben diese Art haben diese Ausweise bei Abgabe derartigen Schuhwerks anzunehmen

# Leben · Wissen · Kunst

88

## Überfluss.

Nennen von Martin Andersen Nægård.  
Einzig autorisierte Übersetzung aus dem Dänischen  
von Hermann Kiv.

„Für sie gab es jetzt nur noch eins — ihren Mann, und aus ihrer Vernünftigkeit gingen daraus aus, die Vergangenheit aus seiner Erinnerung ausgelöscht und ihm Genugtuung zu verleihen für das, was er verschuldet hatte. Indem sie sich so beständig mit ihm beschäftigte, erreichte sie es auch, die Neuz zu töten und die Anklagen zu unterdrücken. Sie war eine reizende Natur, und es fiel ihr schwer, zu glauben, daß etwas nie wieder gutzumachen sein sollte, darum mochte sie sich keine Vorwürfe, sondern verachtete eifrig nachzuholen, was sie durch ihre vielfältige Gesellschaftsaktivität verunreinigt hatte. Und jede kleine Anekdote und Füllerei war ihr eine Abzählung, weg etwas in der Vergangenheit auf.“

„Da waren auch die Verhältnisse, die ein wenig zu ihrer Entschuldigung dienen mußten! Er war nie warmblütig gewesen, kein leidenschaftlicher Liebhaber, wie sie ihn sich besonders in den ersten Jahren gewünscht hatte. Allerdings war das Unrecht auf ihrer Seite, sie war zu leidenschaftlich veranlagt gewesen, vielleicht mehr, als schön und anständig war. Aber das lag in ihrer Natur und ließ sich nicht ändern. — Daraus hatten die Verhältnisse sich entwickelt.“

Am drückendsten lachte die Blutstropfen von Hause auf ihr. Sie erkuckte sich auf einen kurzen Zeitraum und stand darum so dicht vor ihren Augen, sie barg die bittersten, brutalsten Erzählungen, da sie das Schönste in ihr für immer roh zu Boden gelöscht hatten. Denn selbst wenn das mit der allesvergessenden Eingabe in Liebe auch kostbarste Phantasterei gewesen war, so war es doch schön gewesen, und es hatte ihr eine eigenartig ausdrückliche Haltung verliehen, während sie jetzt gerademittels war. Aber diese Blutstropfen war wiederum eine Folge der Verhältnisse, und gebademäßig fühlte sie sich jedenfalls nicht mehr, weil die Chance so seltsam außerhalb ihrer selbst lag. Und sie hatte sich wenigstens nicht an ihrem Mann vergangen, da sie keine Freude gehabt hatte, sondern nur Elst.“

„Die unbedingte Unterwerfung fiel ihr nicht schwer, sie fühlte ihr als etwas Natürliches zu. Aber das Gefühl der Schuld entglitt ihr so wunderlich zwischen den Fingern. Und alles das mußte außerdem vor einem brennenden, stechenden Schreien weichen, der zunahm, als eine Woche, zwei, drei Wochen vergingen — vor der Angst, daß sie mit ihren zweundvierzig Jahren nochmals Mutter werden, das der Ausflug folgen haben würde. Mehrere Umstände vereinigten sich, die sie dazu bestätigten.“

„Der erste Gedanke war, sich das Leben zu nehmen, in den Hafen zu springen. Aber dann war das Ganze ja vorbei — auch für sie selbst, die jetzt gerade etwas Vernünftiges vom Leben haben — und ihrem Manne so viel sein wollte.“

„In Wirklichkeit war das auch der schlechteste Dienst, den sie ihm erweisen konnte, da es ihn in unglücklicher Weise zum Gegenstand des Geredes der Leute machen würde. Und durch die Tat gab er denn auch ihrem nächsten Plan, sich so einzurichten, daß er in natürlicher Weise in die nüchternen Rechte und Verpflichtungen hineingleiten könnte, seinen vollen Beifall. Denn er hörte eine ähnliche Furcht wie sie, und das Selbstlos geschehend, daß sie beide mitten in einem gemütllichen Gespräch geistesabwesend wurden, weil beide das gleiche beschäftigte: der Gedanke an Holzen. Er wußte freilich nichts, aber aus ihrer demütigen Haltung glaubte er etwas sehr Ernstes in ihr zu können. Und wenn nun ihre unverantwortliche Wehrheitsforderung wieder aufflammte? Er schaute in Gedanken ihren und des Kind streicheln, ganz als ob es sein eigenes wäre, und die Leute ahnten nichts, sondern erwarteten und neckten ihn ein wenig, weil er so froh damit herumtrüdelte. Doch dann kam sie siebts herbeigefügt und schrie: „Müßt es nicht an, es ist nicht deins! Und dann konnte er allem nachspießen, Gemeinderat und so weiter . . .“

„Er beschloß, ihr zu helfen.“

„Wir sind wie zwei Neuvermählte,“ sagte er eines Tages und legte den Arm um sie. „Kleinst du nicht, daß der Storch auf den Einfalls kommen könnte, und noch einmal zu besuchen?“

„Doch sie hatte jedoch Gewissheit darüber erlangt, daß kein Grund zu Besichtigungen vorhanden war, und schüttelte lächelnd den Kopf: „Wir sind zu alt, Peter — das heißt, ich wenigstens.“

„Er almeide erleichtert auf und widmete sich von nun an ruhig keinen Interessen. — — —

Im Wohnzimmer saß Frau Sörensen und flüste. Sie saß auf einer kleinen Erhöhung am Fenster, und auf dem Schoß hatte sie ein Paar von Nagels Teintleidern, die am Knie zerrissen waren; sie war im Begriff, einen Klitsen einzusegen. Auf einem Stuhl neben ihr lag ein Haufe gewaschener Strümpfe, und über dem Stuhllehne hingen ein Hemd und ein paar abgenutzte Wolljäden. Aber sie arbeitete nicht, sondern blieb starr in die Stube, mit einem eigenartigen Blick, der zu brechen drohte, und in ihren Schläden pulsirte es.“

„Ihr Mann kam herein: „So wahrhaftig! Ich glaube, du hast recht. Und ich dachte, sie hätte an Winden. Es muß ja schon weit mit ihr sein.“

„Frau Sörensen stieß die Faust ein paarmal von sich, als hätte sich ihr ein Rädchen in die Kafe gelebt; es schauderte sie. „Wer kann es sein?“ fragte sie endlich; sie verachtete, sich beim Sprechen zu bekehren.“

„Ja, das mag Gott wissen,“ erwiderte Sörensen lachend, „sie ist ja manntost. Man denkt nur, wie sie sich an den Kandidaten herangemacht hat. Und wo es Sohne gibt, da sind auch bald die Naben da.“

„Aber so sprich doch nicht so, Sörensen! Du weißt recht gut, daß nur ein Tier sich mit so einem unglücklichen Vieh einlassen würde.“ Sie ging bestig im Zimmer auf und ab.

„Ja, sie ist natürlich ein Idiot,“ erwiderte Sörensen gutmütig, „aber die Leute fragen wahrscheinlich nicht nach dem Kopf, wenn sie so aufgeleget sind.“

„Pfui! Pfui!“ Sie stampfte empört auf den Fußboden. Dorn wandte sie sich ihm zu und fragte ihn heiser: „Es wird doch nicht Tage sein?“ Sie starrte ihn an, als wollte sie die Antwort mit den Augen einholen.“

„Ja — nein — ja — das weiß ich nicht, du. Er hat sich ja auch mit ihr verlobt, er wie die andern. Und ein Draufgänger ist er gewiß.“

„Sie starrte ihn an, während ihre Augen sich füllten: „Aber dann glaubst du es ja.“

„Ja, das heißt — ganz unmöglich ist es wohl nicht. Aber wir fragen ihn, und es wird sich wohl ein Ausweg finden lassen.“

„Ach, aber dann ist er es ja,“ rief sie weinend. „Und ich hab' es gar nicht geglaubt, sondern wollte bloß sicher darin gehen, daß ich mich irrte. Und mit so einer armen Mödlungen — ach nein, nein! Und da soll man auf die Art Großmutter werden — vielleicht auch von einem armen Idioten. — «Eia popeva — bish, bish!» — sie wiegte den Oberkörper — „weine nur nicht, kleiner Idiot — von Freunden hast du's ja nicht.“ Sie ließ die Zähne auf den Rücken fallen und lachte unheimlich wild, ein donnerndes Lachen.“

„Mütterchen, Mütterchen,“ sagte Sörensen verzweifelt und hielt ihren Kopf: er verstand bloß so viel, daß es jetzt wieder wie früher war. „Es sei doch ruhig, so sei doch vernünftig!“ bat er.

„Ach ja, ach ja,“ hämmerte sie und suchte ihr Lachen zu bekämpfen. „Und wenn dann die Polizei kommt . . . denn es steht Strafe auf so etwas!“ Sie lachte wieder, ganz still, fast innerlich.

„Du sollst job'n, wir richten's so ein, daß es ganz unbemerkt bleibt,“ logte er beruhigend.

„Ach, ich weiß doch!“ rief sie schroff. „Hat er sie gebraucht, so soll er sie auch anerkennen. Denn er ist es doch wohl?“ Sie suchte ihren Mann an und starrte mit verwirrt, blickendem Blick auf ihn.

„Wir wissen es ja nicht mit Bestimmtheit, Liebe.“

„Nicht mit Bestimmtheit? Nein, denn es waren wohl mehrere haben bei dem Alas — in gutem Einverständnis vielleicht. — Aber er soll die Holzen auf sich nehmen, wenn er es ist. Ist sie gut genug, ihm Kinder zu gebären, so ist sie auch gut genug, seine Frau zu werden.“

„Sie brach plötzlich zusammen und wurde ganz klein; sie erinnerte sich, daß sie jetzt kein Recht mehr hatte, zornig oder ärgerlich zu sein. Still ging sie an ihre Arbeit.“

Aber Sörensen benützte die Gelegenheit dazu, sich aus dem Staube zu machen. „Ach, wie lange war Adam im Paradies!“ murmelte er. „Aber, Gott sei Dank, noch war man nicht ganz aus der Übung. Und er ging an seinen Schenktisch.“

Aufzurufen kam Tage in die Stube, die Bücher unter dem Arm. „Tag, Mutter!“

Ein Räuspern war die einzige Antwort.

Erschauk gab er sie an: „Gefüllter Weißkohlskopf, Süße Suppe und ein einständiges Schütteln — und zum Teufel und allen seinen heiligen Engeln mit der Navigation!“ Er rieb sich kräftig die Hände, ging in die Stube umher und schaute verschiedene Ecken ab, während er zur Mutter hinüberblickte, die mit grimmigem Blick da stand und sich zu polemischem Denken aufzuraffen schien. — „Woran denfst du denn, Mutter?“

„Ich denke davon, daß du dich schämen sollst,“ sagte sie schlichlich.

Tage schaute: „Ich hab' mich voriges Jahr gehämt, und davon hab' ich nichts gehabt. Sind's meine alten Sachen, die dir im Kopf liegen? Ich kann die Strümpfe recht gut selber stopfen.“

„Du solltest lieber Stine unter den Arm nehmen und das Aufgebot bestellen.“

„Stine? Steht's so um sie? Und daran soll ich mit Schulw fein sein? Danke schön, Mütterchen.“

„Aber bist du's denn nicht?“ Sie sprang auf, und ihr Gesicht leuchtete erstaunlich hell.

„Nein, der Teufel soll mich dreimal, siebenmal holen, nein!“ Er rieb mit den Knöcheln auf den Tisch, so daß der Aufzug herunterfiel und in Stücke ging.

(Fortsetzung folgt.)

## Aus Rostocks ältester Zeit.

Zum 700jährigen Jubiläum der Stadt Rostock.  
24. Juni 1918

Mitten im Kriege, in einer Zeit, die ihre Haupttätigkeit — Fischerrei und Seehandel — am weitesten hemmt, beginnt die einfache Hansestadt Rostock das 700jährige Jubiläum ihres Bestehens. Zum erstenmal taucht der slawische Ortsname Rostok in jener Zeit auf, da die Deutschen unter Führung des Niederländers Henrich des Löwen mit den Wenden um den Sieg in dem Gefecht zwischen der Elbe und der Orla rangen. Im Jahre 1184 wurde bei Verchen der Wendenfürst Prislaus besiegt, und nachdem er das Christentum angenommen hatte, erhielt er 1188 von Heinrich dem Löwen sein Erbland zurück. Von nun an herrschte Freundschaft zwischen den ehemaligen Feinden, und die einzige Tochter des Sachsenherzogs vermählte sich mit dem Sohne Prislaus, Heinrich Vortwin I. Um jene Zeit wurde, wie die Heilige Geschichte Riedelstädt in einer außerordentlich reichhaltigen Nummer zu Ehren Rostocks aufzeigt, der Name Rostok bereits erwähnt, und zwar bezeichnete er eine so rohste Art der Unterwörte gelegene wendische Burg. Heinrich Vortwin I. gelangte im Jahre 1200 in den Besitz des Herzogs Rostoks, und er wurde der Gründer der Stadt, indem er ihr am 24. Juni 1218 die Gründungsurkunde mit der Bewilligung des slawischen Stadtrechts verlieh. Obwohl die älteste Zeit der Stadt der kleinen Türme in nicht allzuviel bekannt, immerhin ist es der Forschung gelungen, allerhand interessantes Material und Archivien und Überreste zu erhalten, welche wissenschaftliche Wertschätzungswerte ist trotzdem die Zeit, in der von Rostok aus gretischer Fischer- und Schiffshafen betrieben wurde, in volliges Tunzel gehüllt. Man kann aber annehmen, daß die Gemeinde, Rostok, in den Anfangen eine bedeutende Rolle gespielt.“

In Rostock gab es ursprünglich überhaupt keinen regelrechten Schifferverband, wenngleich wiesen die ältesten geschichtlichen Quellen hierüber nichts zu berichten. Anfangs war es allein der Handel, der die Entwicklung der Rostoker Schifffahrt bestimmte, und die ersten Vereinigungen waren „Kompanien“ von Kaufleuten, nämlich die „Vergeselere“, die „Mönchsvere“, die „Schonenvere“ und die „Wolfsvere“. Von diesen ältesten Verbänden sind die Wf. und die Mönchsvere im Mittelalter verschwunden. Die beiden anderen aber bestehen heute noch, und zwar unter dem Namen der Schiffergesellschaft vom Jahre 1553, die von den älteren Schiffern noch heute „Schonenabfahrt“ genannt wird. Die Bezeichnung Schonenabfahrt wird so erklärt, daß einst hierbei der Heringsfang in den

Gewässern der dänischen Insel Schonen die Hauptrolle spielte. Auch mit der ältesten Rostoder Dichtung hat die Geschichte befreundet. Wenn man bedenkt, daß mit dem Tod des Schriftstellers von Schonenbach ungefähr das Geburtjahr der deutschen Hochzeitburg an zusammenfällt, so wird der geringe Anteil Rostocks an der frühmittelalterlichen Dichtung verständig, daß jenes sozialistisch geprägte Leben aufzubauen und zu entwickeln der Rostod trotzdem bereits am Ende des 13. und zu Beginn des 14. Jahrhunderts einen eigenen Dichter besaß, der als der erste Dichter der Stadt anzusehen ist, wurde er durch eine Nachfrage Dissertationarbeit von B. Edelhoffen verfasst. Diese Arbeit beschäftigte sich nämlich mit dem für gesuchten bestimmten Inhalt. Sänger Hermann Tomes oder der Name der Dame, der in mehreren Literaturgeschichten erwähnt wird, ohne daß aber bisher Rostocks die Heimat dieses Dichters war und daß er eine gesuchte und beweisbare Rostorfer Minnesängerin angesehen war. Schlupfstein hat nun mehr und mehr verdeckt, obwohl Rostock die Heimat dieses Dichters war und daß er eine gesuchte und beweisbare Rostorfer Minnesängerin angesehen war.“

„Rostock ist noch einer ganz merkwürdigen Rostorfer einigung gebürtig, deren Gründung auf einen der berühmtesten Abschritte in den 100jährigen Geschichte der Stadt zurückgeht. Die Errichtung eines Domstifts an der St. Nikolaikirche, die sogenannte Domstiftsverwaltung, die sieben Jahre von 1484 bis 1491 wählt. In den Kämpfen zwischen den Rostorfer Patrizier und Bürgern führten die beiden Parteien

einander und Bürgerkrieg aus, der als der Rostorfer Bürgerkrieg bezeichnet wird.“

„Um 1490 ist noch einer ganz merkwürdigen Rostorfer

einigung gebürtig, deren Gründung auf einen der berühmtesten Abschritte in den 100jährigen Geschichte der Stadt zurückgeht. Die Errichtung eines Domstifts an der St. Nikolaikirche, die sogenannte Domstiftsverwaltung, die sieben Jahre von 1484 bis 1491 wählt. In den Kämpfen zwischen den Rostorfer Patrizier und Bürgern führten die beiden Parteien

einander und Bürgerkrieg aus, der als der Rostorfer Bürgerkrieg bezeichnet wird.“

„Um 1490 ist noch einer ganz merkwürdigen Rostorfer

einigung gebürtig, deren Gründung auf einen der berühmtesten Abschritte in den 100jährigen Geschichte der Stadt zurückgeht. Die Errichtung eines Domstifts an der St. Nikolaikirche, die sogenannte Domstiftsverwaltung, die sieben Jahre von 1484 bis 1491 wählt. In den Kämpfen zwischen den Rostorfer Patrizier und Bürgern führten die beiden Parteien

einander und Bürgerkrieg aus, der als der Rostorfer Bürgerkrieg bezeichnet wird.“

„Um 1490 ist noch einer ganz merkwürdigen Rostorfer

einigung gebürtig, deren Gründung auf einen der berühmtesten Abschritte in den 100jährigen Geschichte der Stadt zurückgeht. Die Errichtung eines Domstifts an der St. Nikolaikirche, die sogenannte Domstiftsverwaltung, die sieben Jahre von 1484 bis 1491 wählt. In den Kämpfen zwischen den Rostorfer Patrizier und Bürgern führten die beiden Parteien

einander und Bürgerkrieg aus, der als der Rostorfer Bürgerkrieg bezeichnet wird.“

„Um 1490 ist noch einer ganz merkwürdigen Rostorfer

einigung gebürtig, deren Gründung auf einen der berühmtesten Abschritte in den 100jährigen Geschichte der Stadt zurückgeht. Die Errichtung eines Domstifts an der St. Nikolaikirche, die sogenannte Domstiftsverwaltung, die sieben Jahre von 1484 bis 1491 wählt. In den Kämpfen zwischen den Rostorfer Patrizier und Bürgern führten die beiden Parteien

einander und Bürgerkrieg aus, der als der Rostorfer Bürgerkrieg bezeichnet wird.“

„Um 1490 ist noch einer ganz merkwürdigen Rostorfer

einigung gebürtig, deren Gründung auf einen der berühmtesten Abschritte in den 100jährigen Geschichte der Stadt zurückgeht. Die Errichtung eines Domstifts an der St. Nikolaikirche, die sogenannte Domstiftsverwaltung, die sieben Jahre von 1484 bis 1491 wählt. In den Kämpfen zwischen den Rostorfer Patrizier und Bürgern führten die beiden Parteien

einander und Bürgerkrieg aus, der als der Rostorfer Bürgerkrieg bezeichnet wird.“

„Um 1490 ist noch einer ganz merkwürdigen Rostorfer

einigung gebürtig, deren Gründung auf einen der berühmtesten Abschritte in den 100jährigen Geschichte der Stadt zurückgeht. Die Errichtung eines Domstifts an der St. Nikolaikirche, die sogenannte Domstiftsverwaltung, die sieben Jahre von 1484 bis 1491 wählt. In den Kämpfen zwischen den Rostorfer Patrizier und Bürgern führten die beiden Parteien

einander und Bürgerkrieg aus, der als der Rostorfer Bürgerkrieg bezeichnet wird.“

„Um 1490 ist noch einer ganz merkwürdigen Rostorfer

einigung gebürtig, deren Gründung auf einen der berühmtesten Abschritte in den 100jährigen Geschichte der Stadt zurückgeht. Die Errichtung eines Domstifts an der St. Nikolaikirche, die sogenannte Domstiftsverwaltung, die sieben Jahre von 1484 bis 1491 wählt. In den Kämpfen zwischen den Rostorfer Patrizier und Bürgern führten die beiden Parteien

einander und Bürgerkrieg aus, der als der Rostorfer Bürgerkrieg bezeichnet wird.“

„Um 1490 ist noch einer ganz merkwürdigen Rostorfer

einigung gebürtig, deren Gründung auf einen der berühmtesten Abschritte in den 100jährigen Geschichte der Stadt zurückgeht. Die Errichtung eines Domstifts an der